

3. Ordentlicher Landesparteitag
Nordrhein-Westfalen
am 18. Oktober 1975
in Mönchengladbach

Beschlußprotokoll

Inhaltsverzeichnis

Seite

Eröffnung und Begrüßung	1
Konstituierung des ordentlichen Landesparteitages	7
a) Wahl des Präsidiums	
Tagesordnung	7
Geschäftsordnung	7
b) Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission	8
Rede des Parteivorsitzenden Willy Brandt „Die Aufgaben des Mannheimer Parteitages“ (Auszug)	9
 Tätigkeitsbericht über die Arbeit	11
a) des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und der Landesregierung Berichterstatter: Werner Figgen, MdL	
b) der Landeskontrollkommission Berichterstatter: Karl Mirus	16
Behandlung der Anträge	18
Wahlen	38
Schlußwort	40
 Zusammensetzung des Parteitages	41
Schreiben an die Delegierten des Landesparteitages	42
Vorgelegte Materialien	42

Beginn des Landesparteitages: 9.30 Uhr

1. ERÖFFNUNG UND BEGRÜSSUNG

Rede des stellvertretenden Landesvorsitzenden,
Hans Otto BÄUMER

„Meine sehr verehrten Damen und Herren, verehrte Gäste, liebe Freunde der SPD, liebe Genossinnen und Genossen!

Ich heiße Sie alle herzlich willkommen.

Wir alle freuen uns sehr, daß unser Parteivorsitzender
Willy BRANDT

zu uns gekommen ist. Nochmals herzlich willkommen. Wir alle sind stolz darauf, daß Du wieder für die NRW-Landesliste als Spitzenkandidat zur Verfügung stehst.

Ich begrüße herzlich die Bundestagspräsidentin, unsere
Annemarie RENGER.

Mein besonderer Gruß gilt dem Ministerpräsidenten unseres Landes
Heinz KÜHN

und den sozialdemokratischen Ministern und Staatssekretären der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Bundesregierung.

Willkommen heiße ich den Vorsitzenden des gastgebenden Unterbezirks Mönchengladbach
Hubert KÖRFGES.

Mit großer Genugtuung begrüße ich unsere internationalen Gäste
Dov BEN MEIR,
Vorsitzender der Arbeiterpartei unseres Patenbezirks Tel Aviv - Israel
und

Elza Maria CHAMBEL
von der Sozialistischen Partei Portugal.

Wir fühlen uns eng mit Euch und Eurer Sache verbunden.

Stellvertretend für rund 300.000 Genossinnen und Genossen an Rhein und Ruhr begrüße ich die dreihundert Delegierten, hundert Ersatzdelegierten, die Mitglieder des Landesvorstandes, des Landesausschusses sowie der Landeskontrollkommission und die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften, Ausschüsse und Arbeitskreise.

Ich heiße besonders herzlich willkommen unsere Genossen aus dem Bereich des Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft und der Gewerkschaft der Polizei.

Ich begrüße

die Beauftragten der evangelischen und katholischen Kirche des Landes Nordrhein-Westfalen, die Damen und Herren der Auslandsvertretungen, die Vertreter unserer befreundeten Organisationen, insbesondere der Arbeitsgemeinschaft Verfolgter Sozialdemokraten, der Arbeiterwohlfahrt, der Sozialistischen Bildungsgemeinschaft, der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik, der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken, die Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung und die Damen und Herren von Infas und der ARE-Werbeagentur.

Ich begrüße schließlich die Vertreter von Presse, Rundfunk und Fernsehen,

denen ich lebhaft und interessante Diskussionen und Beschlüsse als Grundlage für ihre Berichterstattung wünsche.

Für uns alle ist es eine traurige Pflicht, liebe Freunde, Genossinnen und Genossen, derer zu gedenken, die für immer von uns gegangen sind.

Stellvertretend für alle Verstorbenen nenne ich:

Hein Hamacher,

langjähriger Bezirkssekretär und Bundes- und Landtagsabgeordneter im Bezirk Mittelrhein

Herbert Kröpke,

25 Jahre Bezirkskassierer im Bezirk Ostwestfalen

Dr. Heinz Potthoff,

von 1951 bis 1962 Mitglied der Hohen Behörde, Landtagsabgeordneter aus Ostwestfalen

Helmut Kenn,

seit 1953 ununterbrochen Fraktionsvorsitzender der SPD-Fraktion in der Landschaftsversammlung Rheinland

Hermann Runge,

seit 1931 Parteisekretär und langjähriger leitender Bezirksgeschäftsführer der SPD im Bezirk Niederrhein, 1933 Organisator des Widerstandes gegen die Nazis

1935 angeklagt wegen Hochverrats -

Urteil des Volkgerichtshofs Düsseldorf: 9 Jahre Zuchthaus

Mitglied des Parlamentarischen Rats

Kurt Gehrman,

Unterbezirkvorsitzender von 1958 bis 1970 in Wuppertal, langjähriges Mitglied des Bezirksvorstandes Niederrhein, Mitglied des Landtags während mehrerer Legislaturperioden

Karl Demand,

langjähriger Vorsitzender des Unterbezirks Hamm
und vier Jahre Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Ewald Wittkowski,

seit dem 1. Juni 1957 beschäftigt bei der SPD,

zunächst im Unterbezirk Dortmund bis 1964 als Betriebsgruppensekretär,

ab 1975 beim Bezirk Westliches Westfalen als Sekretär für Arbeitnehmerfragen

Heinz Götzen,

langjähriger Vorsitzender der Kontrollkommission des Unterbezirks Recklinghausen und Mitglied der Kontrollkommission im Bezirk Westliches Westfalen und beim Landesverband

Hans Mugrauer,

Mitgründer der Ruhrfestspiele Recklinghausen,

von 1933 an Vorstandsmitglied im Unterbezirk Recklinghausen und Gelsenkirchen,
während des Dritten Reiches politisch Verfolgter

Ich danke Ihnen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Anwesenden,

die Bezirke, Unterbezirke, Stadt-, Amts- und Kreisverbände sowie der Landesausschuß sind am 6. März dieses Jahres über unseren heutigen Landesparteitag erstmalig informiert worden.

Die Einberufung aller Organisationsgliederungen ist am 10. Juli 1975 erfolgt und am 26. September dieses Jahres haben wir für heute eingeladen.

Ich stelle fest, daß dieser 3. Ordentliche Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalen ordnungsgemäß einberufen ist.

Neben Tätigkeitsbericht, Regierungserklärung Heinz Kühn, Anträgen und Entschlüssen liegen als Materialien vor:

Analyse der Kommunal- und Landtagswahl vom 4. Mai 1975 sowie

Ausblick auf die Bundestagswahl 1976.

Darüber hinaus wird im Laufe des Tages

eine Dokumentation in Wort und Bild über den Kommunal- und Landtagswahlkampf

- Strategie und Werbemittel -

vorgelegt. Alle wesentlichen Aspekte des Wahlkampfes sind darin dargestellt und kommentiert. Diese Dokumentation unseres Wahlkampfes soll nun nicht bloß Erinnerungswert haben, sie kann uns bei zukünftigen Wahlkämpfen, vor allem dem kommenden Bundestagswahlkampf, manche Anregung geben. Sie zeigt uns, was wir gut und richtig, und was wir nicht so gut oder gar falsch gemacht haben. Sozusagen als Bonbon ist vor der letzten Umschlagseite eine Langspielplatte beigelegt. Sie enthält auf der einen Seite Ausschnitte aus der Oberhausener Rede von Heinz Kühn und auf der Rückseite Lieder der Arbeiterbewegung.

Ich hoffe, daß es uns gelingt, Euch mit diesem kleinen Präsent eine Freude zu machen.

Liebe Genossinnen und Genossen!

Der Landesparteitag wird Antworten zu geben haben auf vielseitige Fragen. Sie stellen sich aus der Arbeit des Landesverbandes im Berichtszeitraum. Sie ergeben sich aber auch durch die Ereignisse des Tages.

Ob Organisationsprobleme oder Schwierigkeiten in der Wirtschafts- und speziell der Energiepolitik: Sie alle haben für den Erfolg sozialdemokratischer Politik an Rhein und Ruhr und darüber hinaus entscheidende Bedeutung.

Die mannigfachen Aktivitäten im Vorfeld des Landesparteitages müssen wir heute auf einen Nenner zu bringen versuchen. Das wird nicht immer leicht sein. Es wird aber umso besser gelingen, wenn wir bei der Diskussion den sozialdemokratischen Grundsatz der kritischen Solidarität beachten und ernstnehmen.

In diesem Sinne erkläre ich mit einem herzlichen Glückauf den 3. Ordentlichen Landesparteitag für eröffnet.

Rede des Vorsitzenden des Unterbezirks Mönchengladbach HUBERT KÖRFGES

„Liebe Genossinnen, liebe Genossen, meine Damen und Herren!

Ich darf Sie im Namen des Unterbezirks Mönchengladbach auf das herzlichste in unserer Stadt begrüßen.

Wir sind stolz, daß dieses höchste politische Gremium unserer Landespartei in unserer Stadt tagt und wir bedanken uns beim Landesvorstand für die Entscheidung, den Parteitag hier durchzuführen.

Sie tagen hier in einer sehr jungen Stadt, die durch die kommunale Neugliederung am 1. Januar 1975 als größte Stadt am linken Niederrhein gebildet wurde.

Wir können also nicht auf große Traditionen verweisen, das müssen wir den alten Stadtteilen überlassen, aber als Stadt des mehrfachen deutschen Fußballmeisters, der übrigens heute seinen 75. Geburtstag feiert, sind wir weit über unsere Landesgrenzen hinaus bekannt.

In einigen Sätzen möchte ich aber auf die Sorgen aufmerksam machen, die wir haben.

Als Zentrum mit oberfunktionaler Bedeutung betrachten wir mit Sorge das Abwandern überregionaler Einrichtungen und ich wollte von hier aus an die Freunde in der Landesregierung appellieren, soweit sie Einfluß auf diese Dinge haben, sich für die Interessen unserer Stadt zu verwenden.

Desgleichen wende ich mich mit der Bitte an unseren Wissenschaftsminister Johannes Rau, zu überprüfen, ob der Baustopp für die Fachhochschule Niederrhein nicht aufgehoben werden kann, damit die kontinuierliche Weiterentwicklung dieser Einrichtung auch weiter betrieben werden kann.

Diese Maßnahmen würden sicher dazu beitragen, die besonders schlechte Situation am hiesigen Arbeitsmarkt zu verbessern, die durch eine vollkommen falsche Wirtschaftsförderungspolitik der örtlichen CDU-Mehrheit entstanden ist.

Ich will Sie aber nicht länger mit unseren Sorgen belästigen, sondern dem Parteitag einen guten und erfolgreichen Verlauf sowie gute Ergebnisse wünschen.“

ELZA MARIA CHAMBEL
Sozialistische Partei Portugals

Übersetzung aus dem Französischen: Manfred Degen

Liebe Freunde!

Ich erlaube mir, „meine Freunde“ zu sagen, weil ich Sozialistin bin und glaube, daß der Sozialismus Freundschaft und Verständigung unter den Menschen und Völkern ist, und so fühle ich mich hier in einem großen Kreis von Freunden.

Die Bezirksorganisation von SANTAREM der Sozialistischen Partei Portugals hat mit großer Freude und Ehre - ich muß dies hier ausdrücklich sagen - die Einladung angenommen, die Ihr an sie gerichtet habt. Eure Einladung ist eine Ehre und ein Beweis für die sozialistische Solidarität, und so bin ich im Namen der Bezirksorganisation hierhergekommen.

Ihr alle wißt, daß unser Portugal während fast eines halben Jahrhunderts unter einem vollkommen totalitären Regime gelitten hat, von dem es am 25. 4. 1974 befreit wurde. Nach diesem Zeitpunkt haben wir damit begonnen, unsere Würde wiederzugewinnen, in Freiheit reden und gleichberechtigte Beziehungen mit allen Völkern der Welt aufbauen zu können.

Unsere Berufung ist eine Berufung zur Demokratie, zur Freiheit und Gleichheit, eine Berufung, die lange unterdrückt worden ist.

Der 25. 4. 1974 hat uns unsere Stimme wiedergegeben, hat uns erlaubt, die Entkolonisierung all unserer Brudervölker durchzuführen, die in einem Zustand der Unterwerfung und Unterdrückung gehalten worden waren, eine Entkolonisierung, die - trotz ihrer einigen Mängel - eine Verwirklichung erfahren hat, die der Bewunderung aller Völker würdig ist.

Der 25. 4. 1974 hat es uns auch ermöglicht, ein neues Land aufzubauen. Aber Ihr werdet wohl verstehen, daß wenn jemand lange Zeit unter einem totalitären und diktatorischen Regime gelebt hat, er dann einige Zeit braucht, um die Regeln der Demokratie vollständig und klug zu erlernen.

Der Wille zu leben, alles zu tun, alles zu erlernen und alles von neuem zu beginnen, ist derart groß, daß es manchmal zu Exzessen kommt. Es gibt Menschen, für die die Demokratie natürlich und Bestandteil ihres täglichen Lebens ist, und es gibt andere mit einer Neigung zum Totalitarismus.

Die bereits vergangenen achtzehn Monate haben uns das alles gezeigt und heute sind wir dazu bereit, alle Schäden zu beseitigen. Wir haben eine Regierung, der das portugiesische Volk sein Vertrauen gibt; es ist wahr, daß es einige Minderheiten gibt, die um jeden Preis versuchen, sie nicht zum Regieren kommen zu lassen, aber wir glauben absolut an den Erfolg der neuen Regierung. Die Sozialistische Partei Portugals, eine wahre Partei der Arbeiter und des portugiesischen Volkes, gibt dem Premierminister Pinheiro de Azevedo und seinem Kabinett all ihre Unterstützung.

Wir wissen sehr wohl, daß dieser Versuch, das Land zu regieren, vielleicht die letzte Chance für das portugiesische Volk ist, nicht wieder in ein totalitäres Regime zurückzufallen.

Wir wollen, daß die portugiesische Revolution voranschreitet, daß es keine sozialen Klassenunterschiede mehr gibt und daß das Leben für das ganze portugiesische Volk besser und würdiger wird, und zwar ganz besonders für die benachteiligten Klassen. Aber wir wollen auch Freiheit, Würde und Lebensfreude und all das kann ohne Ordnung, ohne Ruhe und ohne Klugheit nicht bestehen. Aus diesem Grunde und wegen ihrer Anstrengungen für den nationalen Wiederaufbau, wegen ihrer Weitsichtigkeit und ihres Mutes vertrauen wir der sechsten Regierung und ihrem Chef, Pinheiro de Azevedo.

Wenn Ihr es mir gestattet, werde ich jetzt noch einige Worte zu meinem Bezirk, zur Provinz Ribatejo, sagen, deren Hauptstadt Santarém ist, 75 km nördlich von Lissabon gelegen. Es ist eine Übergangsregion zwischen der Atlantikküste und dem Landesinneren, die im Zentrum Portugals liegt.

Im Norden gibt es Ölbäume, Wein, Feigenbäume, den Anbau verschiedener Getreidesorten, Obstbäume und Gartenbau. Das Land ist sehr stark in landwirtschaftlichen Kleinbesitz aufgeteilt.

Im Süden findet man Reis- und Weizenanbau, Weidewirtschaft und Gemüsekulturen in den Flußebenen.

Das agrarisch genutzte Land gehörte bis zum 25. 4. 1974 nur sehr wenigen Leuten, der Großbesitz war vorherrschend. Aber heute ist dies mit der Bodenrechtsreform im Begriff sich zu ändern. Denn wir sind entschlossen, die Klassenunterschiede zwischen den Portugiesen zu beseitigen, und der Großbesitz von einigen wenigen hat der Gemeinschaft aller geschadet.

Die wichtigsten städtischen Zentren meiner Provinz sind: die Hauptstadt Santarém, Tomar, Abrantes und Torres Novas, die alle drei im Norden der Provinz liegen.

Unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten kann man die Provinz Ribatejo in zwei verschiedene Zonen einteilen:

Das Gebiet südlich des Tejo ist fast vollständig agrarisch geprägt und weist nur einige landwirtschaftliche

industrielle Zentren auf.

Im Gebiet nördlich des Tejo gibt es Industrien von traditionellen Typ - Holz, Porzellan, Keramik, Decken - aber auch Metallindustrie.

Ich hoffe, Euch mit diesen wenigen Worten eine gewisse Vorstellung von meinem Bezirk vermittelt zu haben, und ich möchte damit schließen, daß ich Euch sage, daß meine Provinz wie ganz Portugal die Hilfe von Freunden braucht. Eine Form von Hilfe ist es, wenn man es uns erleichtert, unsere Produkte zu verkaufen, damit wir so Arbeitsplätze für unsere Arbeitslosen schaffen können. Mit wirtschaftlicher Hilfe werden wir einen Ausweg aus unserer wirtschaftlichen Krise finden können, werden wir den wirtschaftlichen Preis der Entkolonisierung leichter verkraften und unsere geliebte nationale Unabhängigkeit bewahren können, ebenso wie unsere Würde als freies Volk, auf die wir entschieden Wert legen. So werden wir nicht wieder in das Joch zurückfallen, aus dem wir erst vor einem Jahr herausgekommen sind.

Ich danke der nordrhein-westfälischen SPD aus ganzem Herzen dafür, daß sie mir als Portugiesin die Möglichkeit gegeben hat, über mein Land zu reden, und ich bin davon überzeugt, daß Ihr die portugiesische Revolution verstehen und dazu beitragen werdet, daß sie vorangeht, immer weiter voran, aber auch immer in Freiheit, damit sie eine Revolution der Gerechtigkeit und des Glücks werden kann.

Ich möchte Euch zurufen:

Es lebe Deutschland!

Es lebe Nordrhein-Westfalen!

Es lebe die SPD!

Aber ich darf Euch auch bitten, mit mir auszurufen:

Es leben das neue Portugal!

**Rede von
DOV BEN MEIR
Vorsitzender der Arbeiterpartei des Bezirks Tel Aviv - Israel
(Patenbezirk des SPD-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen)**

„Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

In diesem Augenblick meines Erscheinens bei Euch, um die Grüße der Arbeiterpartei Eurem Kongreß zu übermitteln, schließt sich der Kreis von einer Bildung der wahren Freundschaft zwischen unseren beiden Parteien.

Es waren vier Jahre notwendig, in denen wir uns gegenseitig besucht haben und in denen wir gelernt haben, das Land, die Partei und die Aktivitäten kennenzulernen. Wir haben begonnen mit einem Austausch von Delegationen, mit Aussprachen von Herz und Herz und geendet mit der Unterzeichnung eines Freundschaftspaktes und seiner vollen Erfüllung.

Während des vergangenen Jahres besuchte uns Euer Ministerpräsident, Genosse Heinz Kühn, und der Parteivorsitzende, Genosse Werner Figgen, und jetzt, mit meinem Erscheinen bei Euch als Vertreter der Schwesternpartei aus Tel Aviv kann man den Kreis als geschlossen betrachten und als feste Basis für eine wahre Partnerschaft und eine sich immer weiter verstärkende Freundschaft zwischen unseren Parteien ansehen.

In der Welt, in der wir heute leben, die nichts gelernt hat von den vier blutigen Kriegen, die uns während der letzten 60 Jahre erschüttert haben, die es bis zum heutigen Tage nicht fertigbringt, für sich selbst kompetente und leistungsfähige Weltinstitutionen zu schaffen und zu aktivieren und die es nicht versteht, daß wir eine Welt darstellen, in der jeder Mensch das Recht hat, frei zu leben, ohne Angst vor Krieg, Armut oder gesellschaftlicher Diskriminierung, besteht die Pflicht, die positiven Kräfte gegen Kriegstendenzen und gegen antisoziale Bestrebungen anzuspornen und zu fördern.

Dies muß getan werden vor allen anderen dringenden Interessen der Völker. Es gibt kein Interesse, das fähig ist, mit dem allgemeinen Interesse des Weltfriedens und gesellschaftlicher Gleichheit zu wetteifern. Aus diesem Grunde lohnt es sich jedem Volk und jeder Gesellschaft, zu verzichten und sich zu vergegenwärtigen; was sofortige Interessen in den Hintergrund treten zu lassen hat zugunsten dieses allgemeinen Interesses.

Die israelisch-deutschen Beziehungen können als ein vortreffliches Beispiel für die ganze Welt gelten -

wie man das Vergangenerbe überwältigen kann, auch wenn unbeschreiblich schreckliche Dinge geschehen sind, - zugunsten einer besseren Zukunft.

Wer, wenn nicht das jüdische Volk, kann hinweisen auf eine Bilanz von Blut und Rache, die zwischen ihm und dem deutschen Volk während des letzten Weltkrieges entstanden ist. Und seht, bis wohin heute die Freundschaftsbeziehungen zwischen beiden Seiten gelangt sind.

Dieses sagt nicht, daß alle bei uns mit diesem Zustand zufrieden sind. Ihr müßt Euch erinnern, daß das jüdische Volk zum Beispiel als Reaktion gegen die Judenvertreibung aus Spanien im 15. Jahrhundert einen 400jährigen Boykott gegen Spanien verhängt hat.

Ich weiß, daß auch bei Euch nicht alle mit der angespannten Freundschaft zwischen uns einverstanden sind, und ich denke nicht nur an die Reste des Nazilagers und diejenigen, die ihren Weg fortsetzen.

Gegen alle diese wendet sich der Freundschaftspakt als starker und beständiger Damm, der zwischen unseren beiden Parteien geschaffen wurde. Dieses ist der richtige Weg, gegen negative Tendenzen zu kämpfen und daher die große Wichtigkeit der Beziehungen zwischen unseren beiden Staaten.

Und bei der Freundschaft mit Israel gibt es noch ein Element, das wichtig ist und universale Bedeutung hat:

Der Kontakt mit uns, einem Volk, das seit viertausend Jahren existiert und leidet, angegriffen von den Völkern der Welt, überschreitet stets das Gebiet von Interessenten.

Die Freundschaft mit Israel und dem jüdischen Volke hat immer etwas Moralisches, Humanes und das Fehlen von materiellen Interessen gehabt; wer diese Stufe erreicht, zeigt, daß es ihm gelungen ist, sich zu übertreffen. Und daraus resultiert die so begeisterte Unterstützung unserer Freunde einerseits und der blinde und brutale Hass unserer Gegner gegen uns andererseits.

Und zum Schluß:

Das jüdische Volk, das infolge von antisemitischen Maßnahmen gezwungen wurde, sich unproduktiven Berufen zu widmen, hat bewiesen, daß, wenn es ihm ermöglicht wird, es fähig ist, als fleißiges und schaffendes Volk nicht weniger als jedes andere zu leisten. Es hat bewiesen, daß gesellschaftliche Ideen, die in den letzten hundert Jahren in der Welt zum Vorschein kamen, wie der Sozialismus, bei uns einen besonderen Inhalt und Gepräge erhielten. Der israelische Sozialismus hat seine eigene Originalität, wie die Lehre der Propheten Israels vor 3000 Jahren gesellschaftliche Botschaften enthalten hat, die die damalige Welt und tausende Jahre danach nicht fähig war, zu absorbieren oder zu verwirklichen.

Während 2000 Jahren haben wir die Normalisierung angestrebt und vor 27 Jahren erreicht. Ich möchte nicht behaupten, daß die Normalisierung im Leben eines Volkes und besonders bei dem Maßstab eines Volkes wie das unsere, nicht mit Krisen verbunden ist. Sie suchen auch uns heim. Aber wir haben die Kraft und die Fähigkeit, uns mit ihnen zu messen, wenn man uns nur läßt, unseren Aufbau in Frieden und ohne Kriegsdrohungen durchzuführen, und wenn Freunde in der ganzen Welt sich bereifinden, durch Taten und nicht nur durch Worte ihre Freundschaft zu beweisen.

Der Pakt zwischen unseren Parteien ist dazu bestimmt, den wirklichen Sinn für das positive Verhältnis zwischen unseren beiden Völkern zu verleihen. Und darin liegt seine Wichtigkeit und Bedeutung. Im Namen der Genossen der Tel Aviver Ortsgruppe und im Namen der gesamten Arbeiterpartei begrüße ich Euch zu Eurem Erfolg anläßlich der letzten Wahlen und wünsche Euch eine ständige und fortlaufende Verstärkung, eine Verstärkung, die die Fortsetzung der Hegemonie der Sozialdemokratie in der Bundesrepublik Deutschland gewährleistet."

2. KONSTITUIERUNG DES ORDENTLICHEN LANDESPARTEITAGES

a) Wahl des Präsidiums

Hans-Gottfried Bernrath	Bezirk Niederrhein
Antje Huber	Landesvorstand
Udo Pohlen	Gastgebender Unterbezirk
Günter Schlatter	Bezirk Mittelrhein
Günter Schröder	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Ulrich Steger	Bezirk Westl. Westfalen
Waltraud Steinhauer	Bezirk Westl. Westfalen

Der Landesparteitag wählt einstimmig die vorgeschlagenen Mitglieder des Präsidiums.

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung des Ordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Wahlkommission
3. Rede des Parteivorsitzenden Willy Brandt
„Die Aufgaben des Mannheimer Parteitages“
- Aussprache -
Schlußwort: Willy Brandt
4. Tätigkeitsbericht über die Arbeit
 - a) des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und der Landesregierung
Berichterstatter: Werner Figgen
 - b) der Landeskontrollkommission
- Aussprache -
5. Bericht der Mandatsprüfungskommission
6. Behandlung der Anträge
7. Wahlen
 - a) des Landesvorsitzenden
 - b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden
 - c) der Beisitzer
 - d) eines Mitglieds für den Parteirat
 - e) der Landeskontrollkommission
8. Schlußwort

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Delegierten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Die Wahl des Landesvorstandes erfolgt durch den Landesparteitag mittels Stimmzettel in getrennten Wahlgängen.
Hintereinander werden gewählt: der Landesvorsitzende, die stellvertretenden Landesvorsitzenden in besonderen Wahlgängen, die Beisitzer, das Mitglied des Parteirats sowie die Mitglieder der Landeskontrollkommission.
Im übrigen gilt die Wahlordnung der Partei.
5. Fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen für den Landesparteitag sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt.
Der Landesparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit über die Behandlung der Initiativanträge. Initiativanträge können nur aus aktuellem Anlaß gestellt werden, der vor Ende der Antragsfrist

(5. September 1975) nicht absehbar war.

Antragschluß für Initiativanträge ist der 18. Oktober 1975, 11.00 Uhr.

Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken.

6. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
7. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldungen das Wort; die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
8. Berichterstatter können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
9. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
10. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
11. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
12. Schluß der Wahlvorschläge: 12.00 Uhr

b) Wahl der Mandatsprüfungskommission und

c) Wahlkommission

Hans Kalkbrenner

Bezirk Mittelrhein

Karl Mirus

Bezirk Westliches Westfalen

Peter Rothen

Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Der Landesparteitag beschließt, daß die Landeskontrollkommission als Mandatsprüfungs- und Wahlkommission fungiert. Entschuldigt fehlt Hermann Schmidt, Bezirk Niederrhein.

3. REDE DES PARTEIVORSITZENDEN WILLY BRANDT

„Die Aufgaben des Mannheimer Parteitages“

- Auszug -

I.

Die SPD hat in den letzten Wochen vor dem Mannheimer Parteitag lebhaft über wichtige Themen der Gegenwart und der Zukunft diskutiert. Die Diskussionen zeigen, daß die Partei in allen ihren Gliederungen ihre Aufgabe der Willensbildung ernst nimmt. Für Mannheim bedeutet dies aus meiner Sicht:

1. Der Parteitag wird die Beschlüsse zu allen wesentlichen Fragen mit breiten Mehrheiten fassen. Das gilt für die Unterstützung der Regierungspolitik ebenso wie für unsere längerfristigen Ziele, für die das Godesberger Programm die Grundlage ist und bleibt.
2. Breite Mehrheiten bedeuten nicht, daß Meinungsverschiedenheiten unter den Teppich gekehrt werden. Die Auseinandersetzung um die Lösung von Problemen wird in unserer Partei offen geführt. Aber nach Abschluß der - wo notwendig, auch harten - Debatte trägt die Partei die Beschlüsse und erweist sich als die geschlossene und solidarisch handelnde politische Kraft in unserem Land.

II.

Es geht in Mannheim natürlich nicht nur um die stark erörterte Frage der Weiterentwicklung von Instrumenten der Wirtschaftspolitik. Es geht daneben um andere Themen von Rang, etwa um die Gesundheitspolitik oder die Familienpolitik. Zur Gesundheitspolitik hat sich unsere Partei rechtzeitig mit einem Thema befaßt, das uns in der nächsten Zeit immer stärker beschäftigen wird.

Die Delegierten in Mannheim werden über Vorschläge beschließen, wie die explodierenden Krankenhauskosten eingedämmt werden können. Auch die Zuwachsraten der Ärzteneinkommen werden aus dieser Diskussion nicht ausgespart. Die angekündigte drastische Beitragserhöhung einer Ersatzkasse unterstreicht, wie dringlich dieses Thema ist. Es ist nicht einzusehen, warum etwa Ärzte und Zahnärzte weiterhin einen erheblich höheren Einkommenszuwachs haben sollen als der Durchschnitt der arbeitenden Menschen in unserem Land. Ich halte es für ein erfreuliches Zeichen, daß die Ärzteschaft die Notwendigkeit einsieht, über diese und andere Fragen einer Reform des Gesundheitswesens ernsthaft zu sprechen.

III.

Die Antragskommissionen für den Parteitag haben ihre Arbeit erst vor wenigen Tagen abgeschlossen. Ein Großteil der Anträge betrifft die Wirtschaftspolitik. Ohne den Beratungen in Mannheim vorzugreifen, kann ich sagen: Es bleibt dabei, daß wir nicht daran denken, den Unternehmen die Verantwortung für einzelne Investitionsentscheidungen abzunehmen. Wo die Kräfte des Marktes ausreichen, wären staatliche Eingriffe unklug. Aber es gibt Bereiche, wo eine vorausschauende Politik für die gesunde Fortentwicklung der Volkswirtschaft unerläßlich ist. Wir brauchen eine vernünftige Modernisierung der Wirtschaft, damit die Arbeitsplätze von morgen gesichert werden. Auf dieser Linie der Vernunft treffen wir uns mit aufgeschlossenen Unternehmern und Betriebsleitern.

Unsere Volkswirtschaft braucht nicht weniger, sondern mehr Investitionen, private ebenso wie öffentliche Unternehmen können für morgen nur investieren, wenn sie Erträge erwirtschaften. Das ist auch unser Problem, aber dem wird man nicht durch billige Ankündigungen von Steuergeschenken gerecht. Ganz abgesehen davon, daß niemandem daran gelegen sein kann, die Unternehmen in falschen Erwartungen zu wiegen oder zu zögerlichem Verhalten zu veranlassen. Sonst wissen sie nicht, woran sie im kommenden Jahr sind.

Daneben ist es allerdings nötig, über Modelle nachzudenken, wie Investitionen mittelfristig gesichert werden können. Das tut die Partei, das tut auch die Regierung. Ein Gedankengang folgt dem häufig genannten schwedischen Modell. Dabei geht es darum, daß Unternehmen, die Gewinne nicht entnehmen, sondern sie unter bestimmten Bedingungen wieder investieren, steuerliche Erleichterungen erhalten.

Wer den Orientierungsrahmen '85 aufmerksam liest, wird zugeben, daß die Partei maßvolle Anregungen für die Sicherung der Investitionen von morgen gibt. Wirklichkeitsfremde Vorschläge werden auf dem Parteitag keine Mehrheit finden.

IV.

Einige Bemerkungen zur Deutschland- und Ostpolitik: Genstern hat der Bundestag ein Abkommen

behandelt, das die Grundlage für eine Zusammenarbeit mit der DDR im Gesundheitswesen legt. Ich erwähne dies, um deutlich zu machen, daß wir langsam doch vorankommen auf dem langen Weg zu einem geordneten Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten in vielen Teilbereichen, die für die Menschen wichtig sind. Jeder dieser Schritte straft die Opposition Lügen, die von einer gescheiterten Deutschlandpolitik faselt.

Bei einem anderen wichtigen Vertrag, der das immer noch schwierige Verhältnis zwischen Polen und Deutschland bessern hilft, scheint die Opposition, wie schon so oft, nicht zu wissen, was sie will. Das Kabinett hat den Vertrag dem Bundestag zugeleitet. Dort und im Bundesrat ist es an der Opposition, Farbe zu bekennen. Haben nicht CDU und CSU die sozial-liberale Bundesregierung immer dafür gescholten, daß angeblich viel zu wenig Menschen aus Polen in die Bundesrepublik übersiedeln können? Nun werden erneut weit über 100 000 kommen. Alle, auch die Opposition, müßten helfen, daß diese Menschen bei uns heimisch werden.

Einige verantwortliche Politiker aus den Reihen der CDU, unter ihnen der ehemalige Außenminister Gerhard Schröder, sind dazu offenbar bereit. Deshalb muß sich jetzt der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl zwei gravierenden Fragen stellen:

1. Ob er dafür mitverantwortlich sein will, daß dieser wichtige Vertrag mit Polen von den CDU/CSU-regierten Ländern im Bundesrat blockiert wird und
2. welches Gewicht der Kanzlerkandidat der Unionsparteien in den eigenen Reihen eigentlich hat?

V.

Wir halten in Mannheim noch nicht den Parteitag ab, der über unsere Wahlplattform für die Bundestagswahl im nächsten Herbst beschließen wird. Für uns hat der Wahlkampf noch nicht begonnen. Aber wir werden es dem innenpolitischen Gegner weder heute noch morgen durchgehen lassen, daß er Politik an den Mann zu bringen versucht wie ein Waschmittelkonzern seine Ware. Und ebenso wenig lassen wir den Versuch zu, daß durch verantwortungslose Schwarzmalerei jenes Klima des Vertrauens zerstört wird, das unser Land in der heutigen Lage zur Sicherung des sozialen Friedens braucht.

Das ist die doppelbödige Strategie, wie sie die Herren Biedenkopf und Strauss betreiben. Der eine versucht, durch die Übernahme der Begriffe, die für eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik stehen, Wähler aus dem liberalen und aufgeschlossenen Bürgertum anzulocken; der andere setzt auf die totale Konfrontation, um alles aufzusaugen, was sich rechts von der CDU bewegt. Vordergründig sieht dies nach einem tiefgreifenden Zielkonflikt aus. Wer sich aber bemüht, hinter die Kulissen zu blicken, der kommt zu dem Ergebnis: Da kämpfen zwei verschiedene Repräsentanten um ein gemeinsames Ziel, nämlich die Macht, koste es, was es wolle.

4. TÄTIGKEITSBERICHTE ÜBER DIE ARBEIT

a) des Landesvorstandes, der Landtagsfraktion und der Landesregierung

Berichterstatter: Werner Figgen

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Willy Brandt hat soeben in seiner Rede ausführlich zur politischen Lage in der Bundesrepublik Stellung genommen und dabei - im Hinblick auf den im nächsten Monat in Mannheim stattfindenden Bundesparteitag der SPD - noch einmal den politischen Auftrag der Deutschen Sozialdemokratie deutlich gemacht.

Ich kann mich deshalb im wesentlichen darauf beschränken, dem 3. Ordentlichen Landesparteitag der Nordrhein-westfälischen SPD über die Arbeit, die der Landesvorstand in seiner zurückliegenden Amtsperiode geleistet hat, Bericht zu erstatten.

Laßt mich zuvor einige Bemerkungen zur innerparteilichen Diskussion um den Orientierungsrahmen '85 machen; eine Diskussion, die in den letzten Wochen auch die Landesparteitage der vier nordrhein-westfälischen Bezirke beherrscht und zum Teil in der Öffentlichkeit Reaktionen ausgelöst hat, die den Eindruck erwecken sollten, als sei die SPD in zwei Parteien zerrissen, die sich gegenseitig bekämpfen.

Nun wissen wir ja, daß sich ein Popanz immer dann am besten aufbauen läßt, wenn man die Auseinandersetzung um eine Sache personalisiert nach dem Strickmuster des Modells zweier Gladiatoren, die sich einen Kampf bis auf's Messer liefern: Hier die SPD des Parteivorsitzenden Willy Brandt und dort die SPD des Bundeskanzler Helmut Schmidt.

Genossinnen und Genossen,

was da Alternative sein soll: Denker oder Macher, Theoretiker oder Praktiker, widerlegt sich bereits durch den Werdegang sowohl von Willy Brandt als auch von Helmut Schmidt: Beide haben in ihrem politischen Leben mehr an theoretischem Verstand nachgewiesen als die Mehrzahl ihrer Kritiker und beide haben sich in der politischen Praxis auf ungewöhnliche Weise bewährt.

Wir sollten uns also keine Scheinalternativen aufschwätzen lassen, die in der Regel nichts weiter bezwecken, als Probleme zu vertuschen, wie sie zum Beispiel zur Zeit innerhalb der Unionsparteien zwischen Strauss und Biedenkopf bestehen.

Selbstverständlich sind Willy Brandt und Helmut Schmidt unterschiedlich in ihren Temperamenten. Sozialdemokraten sind ja nicht alle unter dem gleichen Sternbild zur Welt gekommen. Aber es gibt keine Meinungsunterschiede zwischen ihnen in den Zielvorstellungen des demokratischen Sozialismus und keine in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage.

Und wenn da nun Leute durchs Land reisen, die uns einreden wollen, es sei ein Unglück für die SPD, zwei Männer gleichen Kalibers an der Spitze zu haben, dann mag man es uns verzeihen, wenn wir es anders sehen:

Wir empfinden es als ein ausgesprochenes Glück, zwei große Begabungen für uns wirken zu sehen - und wir sind auch egoistisch genug, keinen der beiden herzugeben, obwohl anderswo weiß Gott Mangel an bedeutenden Persönlichkeiten herrscht.

Laßt mich noch einen anderen Punkt ansprechen, der weniger mit Personen als mit Stimmungen zu tun hat.

Ich denke dabei an die Auseinandersetzung um den Orientierungsrahmen '85, die ja offensichtlich nicht frei geführt werden kann von allen möglichen dümmlichen Unterstellungen und eben jener Angstpsychose, wie sie methodisch ins Volk getragen worden ist.

Natürlich dürfen wir die Taktik unserer Gegner nicht aus dem Auge lassen. Vor allem ist zu bedenken, wie schnell gut Gemeintes verdreht oder umgedreht werden kann, wie notwendig es also ist, so allgemeinverständlich wie überhaupt nur möglich darzustellen, was in unserer Absicht liegt und was nicht. Laßt und also nicht die erschrecken, die wir nicht meinen.

Wenn uns dies gelingt, wenn wir den Arbeitnehmern, den Menschen in den freien Berufen, den Handwerkern, den kleinen und mittleren Unternehmern deutlich machen können, wohin die Reise gehen soll, dann kann es nur vernünftig sein, die Diskussion um diesen Orientierungsrahmen so offensiv wie überhaupt nur möglich zu führen.

Denn es ist ja der Sinn dieses Orientierungsrahmens, nicht nur der Wirtschaft deutlichere Orientierungs-

hilfen zu geben, sondern den Bürgern dieses Staates, namentlich in der kritischen wirtschaftlichen Phase, in der wir uns zur Zeit befinden, die Angst vor der Zukunft zu nehmen.

Gegenwart und Zukunft greifen nun einmal ineinander, und seit Bestehen der SPD ist es Aufgabe dieser Partei gewesen, ein zukunftsorientiertes Problembewußtsein zu schaffen:

So 1956, als der Münchener Parteitag die zweite industrielle Revolution und ihre gesellschaftspolitischen Folgen diskutierte.

So in Anschluß daran die breite Diskussion der SPD um das Grundsatzprogramm, das vor 16 Jahren in Bad Godesberg verabschiedet wurde und bis heute die verbindliche Grundlage sozialdemokratischer Politik ist.

So Anfang der 60er Jahre die Gemeinschaftsaufgaben, die das Godesberger Grundsatzprogramm konkretisierten und das Missverständnis zwischen privatem Wohlstand und öffentlicher Armut ins Bewußtsein rückten.

Diese Linie wird mit dem Orientierungsrahmen '85 konsequent fortgesetzt.

Ich bin sicher, daß nach einer langen Phase harter, ja kontroverser Diskussion in allen Parteigliederungen der Mannheimer Parteitag eine Entscheidung treffen wird, die die Partei in ihrer Gesamtheit dann in allen Bereichen unserer Gesellschaft überzeugend und einheitlich vertreten kann.

Doch nun, Genossinnen und Genossen, zum Tätigkeitsbericht der Landesorganisation.

Da Euch die ausführlichen Berichte der Landesgremien und eine zusammenfassende Darstellung über die Fraktions- und Regierungsarbeit unter dem Titel „Sozialdemokratische Politik in NRW“ vorliegen, kann ich es Euch und mir ersparen, hier noch einmal die Landesvorstandsarbeit in allen Einzelheiten vorzutragen. Ich werde mich vielmehr auf einzelne zentrale Punkte konzentrieren und diese vor allem im Zusammenhang mit der Planung und der Durchführung des Landtags- und Kommunalwahlkampfes behandeln. Dies scheint mir sinnvoll zu sein, weil wir bereits in einem Jahr Bundestagswahl haben, mit deren Vorbereitung wir unmittelbar nach dem Mannheimer Parteitag beginnen müssen.

Hier und heute geht es also darum, unsere Arbeit von Januar 1973 bis jetzt kritisch unter die Lupe zu nehmen und offen darüber zu diskutieren, wie in Zukunft die Landesorganisation gestärkt werden kann, mit dem Ziel, die Darstellung und Umsetzung sozialdemokratischer Landespolitik weiter zu verbessern.

Dabei kommt es insbesondere darauf an, die Verflechtung von Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik noch deutlicher zu machen, als dies bisher geschehen ist.

Grundlage für die Arbeit des Landesvorstandes war die auf dem Essener Parteitag 1973 beschlossene neue Landessatzung, die in § 9 dem Landesvorstand als Schwerpunktaufgabe die Landespolitik zuweist. Entsprechend war der Landesvorstand immer bemüht, diesem Auftrag gerecht zu werden, und ich glaube sagen zu können, daß dies auch im großen und ganzen gelungen ist.

Wir haben die organisatorischen Voraussetzungen für die Mitwirkung des SPD-Landesverbandes an der Gestaltung und Umsetzung sozialdemokratischer Landespolitik als eine zentrale Aufgabe betrachtet und dementsprechend die Zusammenarbeit mit der SPD-Landtagsfraktion, den sozialdemokratischen Mitgliedern der Landesregierung und den Parteigliederungen, insbesondere den Bezirken, verstärkt.

Wir haben zu diesem Zweck Landesarbeitsgemeinschaften der Arbeitnehmer und der Frauen gegründet, um die Landespolitik an die wichtigen Zielgruppen der Arbeitnehmer und Frauen besser herantragen zu können.

Sowohl unser Programm zur Landtagswahl 1975 als auch die Leitsätze zur Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen sind das Ergebnis einer Gemeinschaftsarbeit, an der alle Gliederungen der Partei, alle Arbeitsgemeinschaften sowie die Landtagsfraktion und die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung mitgewirkt haben.

Im Hinblick auf den Wahlkampf 1975 wurden daneben auch noch die Instrumente der Landespolitischen Öffentlichkeitsarbeit verbessert, das betrifft gleichermaßen die Presse wie auch die innerparteiliche Information.

Hier glaube ich allerdings, müssen wir in Zukunft systematischer und gezielter operieren, um die Mittel, die uns ja nur in beschränktem Maße zur Verfügung stehen, noch wirkungsvoller einsetzen zu können.

Dies ist umso notwendiger, weil eine Partei, wie die unsere, immer bestrebt war, mit eigenen Mitteln und aus eigener Kraft ihre politischen Aufgaben zu erfüllen, um sich ihre Unabhängigkeit zu bewahren.

Ich halte es deshalb für notwendig, alles zu tun, um unsere eigene Kraft zu stärken, indem wir einmal

unsere Beitragsleistungen verbessern und darüber hinaus neue Mitglieder werben, zum anderen in der Verwendung unserer finanziellen Mittel noch mehr als bisher ökonomischen Prinzipien folgen.

Es hat im Vorfeld dieses Parteitages von Seiten der Jusos Kritik am Landesvorstand gegeben, dem es nicht gelungen sei, auf Landesebene eine Parteiorganisation aufzubauen, die entsprechend ihrer Bedeutung mit der notwendigen politischen und organisatorischen Schlagkraft ausgestattet ist.

Genossinnen und Genossen!

Die Grenzen und Möglichkeiten der Landesorganisation sind durch die Landessatzung gezogen, wer dennoch eine anders geartete Landesorganisation haben will, der muß auch sagen, wie der gegenwärtige Zustand verändert werden soll.

Ich sehe eine der ganz wichtigen Funktionen des Landesvorstandes in der Koordinierung der Bezirke. Und die Zusammenarbeit zwischen Bezirken und Landesvorstand ist besser geworden, was nicht heißt, daß sie nicht noch besser werden könnte.

Wir sind deshalb für jeden Vorschlag dankbar, der hilft, die Arbeit der Landesorganisation zukünftig noch wirkungsvoller zu gestalten.

Dabei sollten zwei Fragen bedacht werden:

1. Wie können wir die Partei unseres Landes stärker an der Gestaltung der Landespolitik beteiligen?
2. Wie können wir die Politik der SPD-Landtagsfraktion und der sozialdemokratisch geführten Landesregierung sowohl gegenüber der Partei als auch gegenüber der Öffentlichkeit besser darstellen?

Diese Fragen drängen sich auf, wenn wir noch einmal zurückblicken auf die Wahlergebnisse vom 4. Mai 1975. Mag das Ergebnis auf den ersten Blick auch zufriedenstellend sein, weil unter dem Strich SPD und FDP zusammen ihren Stimmenanteil noch leicht verbessern konnten, so muß uns aber der unterschiedliche Trend in einzelnen Wahlkreisen und Stimmbezirken zu denken geben. Wenn beispielsweise in den 150 Landtagswahlkreisen die Spannweite der Prozent-Punkte-Veränderung bei der SPD zwischen plus 3,2 und minus 5,1 liegt, dann können wir uns nicht darauf beschränken, dies allein auf die unterschiedliche Sozialstruktur in einzelnen Wahlkreisen zurückzuführen.

Wir müssen uns vielmehr fragen, ob und inwieweit die regionale und lokale Parteiorganisation, also Unterbezirke und Ortsvereine, in der Wahlkampfführung den jeweiligen strukturellen Gegebenheiten in ausreichendem Maße Rechnung getragen haben.

So wichtig es auch sein mag, zu wissen, daß wir bei den letzten Wahlen in den sog. „Dienstleistungszentren“ und in den evangelischen Bereichen relativ schlecht abgeschnitten haben, während wir in den traditionellen Arbeitergebieten und im katholisch-ländlichen Raum Zuwächse verzeichnen konnten, so sollten wir - und ich sage das mit allem Nachdruck - uns davor hüten, diese zweifellos wichtigen Indikatoren zum alleinigen Maßstab einer Wahlanalyse zu machen.

Ich glaube vielmehr, daß sich in den Unterschieden des Trends bei den letzten Wahlen auch Unterschiede im lokalen Erscheinungsbild der Partei und damit in der Darstellung sozialdemokratischer Politik widerspiegeln. Ich frage mich deshalb, ob unser Erscheinungsbild und die Darstellung unserer Politik den Wähler auch tatsächlich ansprechen und erreichen, oder ob er oftmals durch besserwisserische Agitation schockiert und verärgert wird.

Erfolge oder Mißerfolge unserer Partei werden in Zukunft weitgehend davon abhängen, ob es uns an der Basis - also auf der Ebene des Ortsvereins - gelingt, das Vertrauen der Wähler für die sozialdemokratische Politik zu gewinnen.

Insofern ist jeder Sozialdemokrat ein Repräsentat sozialdemokratischer Politik.

Sein Verhalten im Nachbarschaftsbereich, im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz ist ebenso wichtig wie das Erscheinen führender Sozialdemokraten auf dem Bildschirm oder ihr Auftreten auf Großkundgebungen, sorgen wir also dafür, daß unsere Partei auf allen Ebenen wieder zu einem geschlossenen Auftreten nach Außen befähigt wird.

Sorgen wir dafür, daß der Grundsatz „Freiheit der Diskussion“ (innerhalb der SPD) und Einheit der Aktion (nach außen)! wieder zum obersten Gebot für das politische Handeln aller Mitglieder unserer Partei wird.

Daraus ergeben sich auch Konsequenzen für die Art und Weise, in der Genossen miteinander umzugehen haben.

Ich muß Euch ganz ehrlich sagen: Es ist für mich unerträglich, wenn innerparteiliche Diskussionen nach dem „Freund-Feind-Schema“ geführt werden, wobei die Schärfe der Auseinandersetzung einschließlich persönlicher Verunglimpfung oftmals vergessen läßt, daß unser politischer Gegner die CDU/CSU ist.

Das bedeutet nicht, daß innerhalb der SPD keine kontroversen Auffassungen diskutiert werden sollen. Im Gegenteil: Die innerparteiliche Diskussion, das Ringen um den besseren Weg, ist und bleibt das Lebenselement der Sozialdemokratie. Nur werden wir darauf zu achten haben, daß die Spielregeln der innerparteilichen Demokratie so beachtet werden, wie sie im Organisationsstatut festgelegt sind.

Ich begrüße durchaus auch die Ankündigung unserer nordrhein-westfälischen Jungsozialisten, auf diesem Parteitag die Arbeit des Landesvorstandes kritisch zu analysieren, das, Genossinnen und Genossen, gehört mit zum Vorstands-Risiko.

Was ich erhoffe, ist, daß sich aus dieser Kritik konstruktive Ansätze für unsere zukünftige Arbeit ergeben. Im übrigen bin ich dafür, daß alle Sozialdemokraten, und nicht nur die Jungsozialisten, kritischen Anteil an der Arbeit der Vorstände und zugleich auch Einfluß auf die programmatische Entwicklung unserer Partei nehmen.

Denn Wahlergebnis und Meinungsumfragen sind letztlich auch nur Orientierungspunkte, die allein noch keine Richtung beschreiben. Wer in der Politik die Wege weisen will, kann nicht als Wegweiser an der Ecke stehenbleiben. Wir werden diskutieren müssen: untereinander, miteinander, ohne allerdings im eigenen Saft zu schmoren.

Vergeßt dies deshalb bitte nicht, Genossinnen und Genossen:

Wir müssen auch mit denen diskutieren, die nicht in unserer Partei angesiedelt sind, die es aber zu überzeugen gilt.

Laßt mich noch einmal wiederholen, was ich auf dem Landeskongreß der Jungsozialisten in Siegen gesagt habe:

„Eine Politik, die um der Theorie willen verfolgt wird, die die reine Lehre verwirklichen will, endet in aller Regel im Sektierertum“.

Und leider ist doch nicht zu leugnen, daß das Sektierertum eine permanente Begleiterscheinung der europäischen Linken war und - siehe auch Portugal - noch ist.

Wenn man dies so sieht, und es auch offen so ausspricht, ist dies doch noch lange kein Anti-Theorie-Konzept.

So wie die Sozialdemokratie konstruiert ist, kann sie der Theorie gar nicht feindselig gegenüberstehen. Aber Theorie darf eben nicht zum Selbstzweck werden; sie gewinnt doch dort erst ihren politischen Sinn, wo sie sich an den Realitäten orientiert, wo sie sich in der Praxis zu bewähren hat.

Ein Wort zu dieser Praxis und zur Realität.

Realität ist, daß die Weltwirtschaft sich in der Krise befindet. Es ist hier heute nicht meine Aufgabe, die Ursachen im einzelnen herauszufinden, aber es ist meine Aufgabe, darauf hinzuweisen, daß die Bundesrepublik trotz der Arbeitslosenquote von einer Million, die uns Sozialdemokraten mehr bedrückt als manche andere, immer noch besser dasteht als die Mehrzahl der anderen Industriestaaten.

Und wenn jemand sagt, das sei kein Trost, dann wird man entgegenhalten dürfen, daß dies dennoch eine Leistung ist. Wir sollten nicht versäumen, Helmut Schmidt, Walter Arendt und Heinz Kühn, der hier in diesem Lande das Ruder hält, dafür zu danken.

Denn wenn wir uns nicht endlich daran gewöhnen, unseren Genossen in den Regierungen auch einmal Dank zu sagen, erleichtern wir ihnen das Regieren ganz bestimmt nicht.

Laßt mich an dieser Stelle ein Wort zur Regierungspolitik unseres Landes sagen, die Heinz Kühn als wiedergewählter Ministerpräsident am 4. Juni 1975 in der Regierungserklärung für den Landtag umrissen hat. Es ist der Versuch gemacht worden, diese Rede als eine „Blutschweiß- und Tränen-Rede“ abzuqualifizieren, richtig ist aber, daß sich die Landesregierung wie auch die Bundesregierung der sozialliberalen Koalition den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten anpassen mußten, als da sind langsames Wirtschaftswachstum und sich dadurch verknappende öffentliche Einnahmen.

Das bedeutet nicht Verzicht auf Reformen, sondern vielmehr, die eingeleiteten Reformen unter veränderten Bedingungen fortzusetzen.

Seit 1966 wurden in diesem Lande durch sozialliberale Regierungspolitik stabile Fundamente für den weiteren Ausbau unseres demokratischen und sozialen Rechtsstaates geschaffen, diese Politik wird fortgesetzt. Wobei die knapper werdenden öffentlichen Mittel zum Anlaß genommen werden müssen, eine Konzentration der Ausgaben und die Festsetzung neuer Prioritäten vorzunehmen. Einen Stillstand der Reformen wird es jedoch nicht geben, deshalb kommt es darauf an, diese Tatsachen durch geeignete Argumentationshilfen den Mitgliedern und den Bürgern unseres Landes zu verdeutlichen.

Es geht uns nicht um Reformen um jeden Preis, um Reformismus oder Reformitis; sondern es geht uns ganz schlicht darum, durch Reformen unsere demokratische Gesellschaftsordnung weiterzuentwickeln und zu stabilisieren. Für uns ist Reformpolitik immer noch zukunftsorientierte Gesell-

schaftspolitik und nicht die bloße Anpassung der Gesellschaft an technisch und wirtschaftlich bedingte Veränderungen, wir begreifen die Reformpolitik als eine staatliche Gestaltungsaufgabe und nicht als staatliche Reparatur von privatwirtschaftlich verursachten Schäden.

Wir haben mit der FDP eine Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode getroffen, und wir werden diese Vereinbarung einhalten.

Und laßt mich gleich hinzusetzen: Wir haben Heinz Kühn auf der Landesdelegiertenkonferenz am 8. Dezember 1974 mit überwältigender Mehrheit zum Spitzenkandidaten unserer Partei gewählt. Er ist Ministerpräsident geworden und wir wollen, daß er unser Ministerpräsident für die ganze Legislaturperiode bleibt, so daß sich Nachfolgeprobleme nicht stellen, und sollten sich Nachfolgeprobleme ergeben, die wir heute noch nicht übersehen können, wird die Partei rechtzeitig Entscheidungen treffen.

Ein Wort noch zu dem, was nach meiner Auffassung zum Aufgabenbereich des Landesvorstandes zählt, was sich allerdings nicht immer an die große Glocke hängen läßt: Kontakte zu halten zu den relevanten Gruppen in der Gesellschaft.

Ich denke dabei an die Gewerkschaften, mit denen wir traditionell befreundet sind, deren Freundschaft wir uns auch in schwierigen Zeiten erhalten wollen.

Ich denke an die zahlreichen Verbände, an den Sport, an kulturelle Gruppen, auch an die Vertretungen der Wirtschaft, wo sich trotz mancher Gegensätze Verschiedenes aufzuhellen beginnt.

Ich denke insbesondere an den Kontakt zu den religiösen Gruppen. Wie jeder weiß, hat die Sozialdemokratie schon in der ersten Phase der Nachkriegszeit ein erfreulich vorurteilfreies Verhältnis zur evangelischen Kirche finden können. Auf dieser Basis ist es zu mancher persönlichen Freundschaft zwischen Politikern und Theologen gekommen.

Nachholbedarf hatten wir bis weit in die sechziger Jahre hinein in unserem Verhältnis zur katholischen Kirche. Wenn sie heute sagen kann, daß es zwischen der SPD in diesem Lande und der katholischen Kirche keine Streitpunkte mehr gibt, die man als unversöhnlich bezeichnen müßte, dann ist auch dies ein Beweis dafür, wie sehr sich die Bemühungen der Vertreter beider Seiten gelohnt haben. Wir werden die Gespräche auch künftig auf allen Ebenen suchen. Zumal wir vielerorts entgegenkommen finden.

Genossinnen und Genossen,

Ein Hinweis noch zu den besonderen Anstrengungen, die vor uns liegen. 1976 wird ein neuer Bundestag gewählt, niemand kann das Votum des Volkes voraussagen, aber eines wissen wir:

Die Entscheidung fällt erneut an Rhein und Ruhr.

Wir werden alle unsere Kräfte mobilisieren müssen, wenn wir als Sieger aus dem Bundestagswahlkampf '76 hervorgehen wollen. Ich zweifle nicht daran, daß uns dies gelingen wird.

Allerdings - und laßt mich das mit Nachdruck sagen - dazu ist es notwendig, daß wir unsere Mitgliedschaft in den Stand versetzen, sozialdemokratische Politik in Bund, Ländern und Gemeinden überzeugend zu vertreten.

Die Ortsvereine werden dabei eine ganz besondere Rolle zu spielen haben. Hier gilt es, dem Vereinsgedanken - nicht der Vereinsmeierei - wieder stärker Rechnung zu tragen und die Versammlungen für die Mitglieder interessant zu machen.

Der Parteivorstand in Bonn hat dazu bereits Vorschläge erarbeitet. Aber auch wir müssen uns überlegen, ob wir nicht auf der Ebene des Landesvorstandes eine Referentenkartei erstellen können und ein System entwickeln sollten, den Ortsvereinen fachlich qualifizierte und didaktisch geeignete Referenten vermitteln zu können. Dabei kommt es nicht so sehr auf namhafte Genossen als vielmehr auf Persönlichkeiten an, die in der Diskussion in der Ortsvereinsversammlung sowohl die erforderlichen Informationen als auch Techniken der Argumentation mit den politischen Gegnern vermitteln können.

Liebe Genossinnen und Genossen.

Abschließend möchte ich auch noch auf die vorliegenden beiden Wahlanalysen - von „Infas“ und vom „Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW“ - hinweisen.

Beide Untersuchungen sind eine große Hilfe. Auch bei den Wahlvorbereitungen auf örtlicher Ebene. Sie lassen erkennen, wo sich Wähler von uns abgewandt haben, die wir nun wieder zurückerobern müssen. Während wir im traditionellen Arbeiterbereich relativ stabil geblieben sind, haben wir in der Mitte erhebliche Einbußen hinnehmen müssen. Ich hoffe, daß wir hier wieder Boden gutmachen können, wenn wir den Ratschlägen folgen, die unter anderem lauten:

„Je direkter die Wähler angesprochen werden, d. h. je stärker der Wahlkampf regionalisiert wird, umso weniger wird es vorkommen, daß ein Sympathisant durch den groben Raster der zentralen Wahlwerbung hindurchfällt, die Basisorganisation der Partei muß Kontakt zu ihrer Wählerbasis suchen.“

Dies also wird unsere Aufgabe sein müssen, den Kontakt zu den Wählern zu suchen.

Wir wissen, daß das Landtagswahlergebnis 1975 - hochgerechnet auf die Bundestagswahl 1976 - nicht reicht, wir werden also große Anstrengungen unternehmen müssen, um das Wahlergebnis 1972 zu wiederholen.

Damals entfielen in unserem Lande auf ein SPD-Mitglied 20 Wähler; bei den Landtagswahlen in diesem Jahr waren es jedoch nur 15 Wähler pro Mitglied.

Unser Ziel muß deshalb sein, alles zu tun, damit dieses Verhältnis bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr erheblich verbessert wird. Ich hoffe, dies wird uns gelingen, wenn wir geschlossen in die Wahlauseinandersetzung des nächsten Jahres gehen, es wird gelingen, wenn wir zukünftig Solidarität nicht länger wechselseitig voneinander fordern, sondern konkret praktizieren.

Und Solidarität - laßt mich das zum Schluß sagen - gilt es auch zu praktizieren gegenüber den Sozialdemokraten, die Regierungsverantwortung tragen.

Nicht, indem wir uns als bloßes Rechtfertigungsinstrument sozialdemokratisch geführter Regierungen begreifen, sondern indem wir sie in kritischer Solidarität mittragen.

Das aber heißt: wir müssen den sozialdemokratischen Anteil der Regierungspolitik deutlich machen, indem wir auch die Erfolge - die kleinen Schritte und oft zu kleinen Schritte - angesichts der Schwierigkeiten, denen wir heute ausgesetzt sind, als Schritte auf dem Weg zu den Zielen des demokratischen Sozialismus begreifen.

Der schriftliche Tätigkeitsbericht von Januar 1973 bis September 1975 liegt dem Landesparteitag vor.

b) Der Landeskontrollkommission

Berichterstatter: Karl Mirus

Die auf dem Landesparteitag am 13. und 14. Januar 1973 in Essen gewählte Kontrollkommission konstituierte sich bei der Sitzung am 9. Februar 1973 im Landesbüro in Düsseldorf.

Zum Vorsitzenden wählte sie den Genossen Karl Mirus, zu seinem Stellvertreter den Genossen Peter Rothen. Im Berichtszeitraum tagte die Kontrollkommission 18 mal, zwei unverhoffte Kassenprüfungen wurden durchgeführt. Auch dabei wurde eine korrekte Kassenführung festgestellt.

Mit den Geschäftsführern, den Genossen Ebker, Hentschel und Otten, wurde anläßlich der Sitzung der Kontrollkommission am 27. April 1973 Verbindung aufgenommen und über die Arbeitsteilung der Geschäftsführer gesprochen, insbesondere mit dem für Vermögen und Finanzen verantwortlichen Geschäftsführer Ebker. Die Mitglieder der Kontrollkommission waren darauf bedacht, daß Verbesserungen und Vorschläge im Betriebsablauf praktischen Niederschlag finden sollten und wurden dabei in jeder Hinsicht durch die Geschäftsführung unterstützt.

Die Kontrollkommission beschäftigte sich u. a. mit dem Finanzbedarf der Arbeitsgemeinschaften. Das Ergebnis dieser Erkenntnisse legte die KK mit Protokoll vom 19. 10. 73 dem Landesvorstand vor, um diesem gegebenenfalls Unterlagen über organisationsmäßige Verbesserungen mit dem Ziel größerer Effektivität der Arbeitsgemeinschaften an die Hand zu geben.

Die KK bemüht sich, daß überall wirtschaftliches Denken Einzug hält und daß im Sinne einer rationalen Überprüfung auch die Wirtschaftlichkeit zum Zuge kommt.

Im Jahre 1973 wurde erstmals ein Jahresabschluß aufgrund der neu eingerichteten Kontenführung erstellt und vorgelegt, der einen echten Überblick gibt. Die mit der Buchhaltung betraute Genossin Müller hat ihr Ressort vorbildlich verwaltet.

Der vom Landesvorstand beauftragte Genosse Dr. Fritz Bergmann hat ständigen Kontakt mit der Kontrollkommission gehalten. Aufgetauchte Probleme konnten mit der KK besprochen und geklärt werden.

Die Jahresabschlüsse 1973 und 1974 wurden ordnungsgemäß vorgelegt, geprüft und für richtig befunden.

Mit dem Landesvorsitzenden, dem Genossen Figgen, und den Mitgliedern der KK wurde ein Grundsatzgespräch geführt, um eine bessere Kommunikation zwischen Landesvorstand und Kontrollkommission zu erreichen.

In der Sitzung der KK am 13. 10. 75 wurden die Wahlkampfmittel überprüft. Der vom Landesvorstand beschlossene Etat zur Durchführung des Wahlkampfes wurde eingehalten.

Die Kontrollkommission stellt den Antrag, dem Vorstand und der Geschäftsführung Entlastung zu erteilen.

Der Landesparteitag erteilt der Landeskontrollkommission Entlastung.

5. BERICHT DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION

Berichterstatter: Karl Mirus

318 Delegierte wurden eingeladen
(300 ordentliche Delegierte und 18 Landesvorstand)

314 Delegierte sind anwesend = 98,74 %

Ostwestfalen-Lippe	eingeladen	30,	anwesend	29
Westfälisches Westfalen	eingeladen	147,	anwesend	146
Niederrhein	eingeladen	76,	anwesend	74
Mittelrhein	eingeladen	47,	anwesend	47
Landesvorstand	eingeladen	18,	anwesend	18

Durchschnittsalter der Delegierten: 41,5 Jahre

Durchschnittsbeitrag: 35,21 DM

Die Zusammensetzung des Parteitages ergibt sich aus der Auswertung der Fragebogenaktion (siehe Seite 41).

6. BEHANDLUNG DER ANTRÄGE

Mitglieder der Antragskommission

Landesvorstand

Dr. Franz-Josef Antwerpes MdL.
4100 Duisburg 29
Postfach 290 178

Helmut Becker MdB
440 Münster-Nienberge
Am Wall 14

Erdmann Linde
4630 Bochum-Harpen
Harpenener Hellweg 301

Bezirk Ostwestfalen Lippe

Günter Harke
4950 Minden
Eickhof 26

Klaus Vorbeck
4793 Büren
Briloner Straße 52

Reinhard Wilmbusse MdL.
4920 Lemgo
Henckelstraße 9

Bezirk Westfälisches Westfalen

Dr. Dieter Haak MdL.
5800 Hagen
Willdestraße 22

Franz-Josef Kniola MdL.
4600 Dortmund-Persebeck 50
Am Kempen 10

Richard Winkels
4410 Warendorf
Düsternstraße 72

Bezirk Niederrhein

Franz-Josef Göbel
4000 Düsseldorf 1
Herderstraße 31

Maria Jammes MdL.
4300 Essen 1
Benno-Strauß-Straße 8

Bezirk Mittelrhein

Achim Grossmann
5000 Köln 80
Kaiserstraße 78

Rainer Maedje MdL.
5000 Köln 80
Im Eichenforst 9

Peter Meisig
5300 Bonn-Beuel
Zingsheimstraße 27

Für die einzelnen Antragsgruppen sind zuständig:

Dr. Franz-Josef Antwerpes
Gruppe 1 (Anträge A und B)

Helmut Becker
Gruppe 2 (Anträge C und D)

Franz-Josef Kniola
(Gruppe 3) Anträge E)

Achim Grossmann
Gruppe 4 (Anträge F)

Richard Winkels
Gruppe 5 (Anträge H)

Rainer Maedje
Gruppe 6 (Anträge G und I)

In der konstituierenden Sitzung am 15. September 1975 wählte die Antragskommission zum Vorsitzenden Dr. Franz-Josef Antwerpes, MdL und zum Stellvertreter Helmut Becker, MdB.

ANTRAGSSPIEGEL

3. Ordentlicher Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalen am 18. Oktober 1975 in Mönchengladbach, Kaiser-Friedrich-Halle

Antrag-Nr.	Betreff:	Beschluß:
A 1	Information der Ortsvereinsvorstände	Überweisung an Landesvorstand
A 2	Einsatz von Werbematerial	Überweisung an Landesvorstand
A 3	Aufstellung der Landesreserveliste für die Bundestagswahl 1976	Ablehnung
B 1	Ausschußbesetzung	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag
B 2	Koalitionspapier / Kommunalverfassung	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag
B 3	Wirtschaftsförderung	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag
B 4	Wirtschaftsförderung	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag
B 5	Kündigungsschutz für Mitglieder kommunaler Vertretungskörperschaften	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag
B 6	Bezirksregierung Arnsberg	Antrag zurückgezogen
C 1	Belastung kinderreicher Familien aufgrund der Mittel zur Haushaltsanierung	Annahme in der Fassung der Antragskommission
C 2	Neuerrichtung von Kraftwerken (staatliche Mitplanung)	Annahme
C 3	Strukturpolitik	Annahme mit Änderungen
D 1	Ministerpräsidentenerlass über die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst Parteitagsbeschluß Hannover 1973	Annahme mit einer Ergänzung und Streichung eines Absatzes
D 2	Ministerpräsidentenerlass über die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst Parteitagsbeschluß Hannover 1973	durch Annahme Antrag D 1 erledigt
E 1	Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative ein „schwer und ärgerlicher Verstoß gegen priesterlichen Lebenswandel“	Überweisung an Landesvorstand in der Fassung der Antragskommission
E 2	Finanzierung der SV	Antrag zurückgezogen
E 3	Änderung der Verordnung zur Ausführung des Ersten Gesetzes zur Ordnung des Schulwesens in NRW	Nichtbehandlung
E 4	Bezahlter Bildungsurlaub	Annahme

Antrag-Nr.	Betreff:	Beschluß:
E 5	Pflichtbesuch des Schulkindergartens	Annahme
E 6	Lehrerausbildung und -besoldung	Annahme
E 7	Gesetzentwurf zur Reform der beruflichen Bildung	erledigt durch Annahme Antrag E 11
E 8	Rheinische Akademie e.V., Köln	Überweisung an Landesvorstand
E 9	Neuregelung des Hochschulzugangs	Annahme
E 10	Problem Konfessionsschulen	Ablehnung
E 11	Reform der beruflichen Bildung	Annahme mit einer Ergänzung
E 12	Bildungsurlaub für Personalratsmitgl.	Annahme
	Entschließung zur Antragsgruppe E	Annahme
F 1	Vorsorgeuntersuchungen für Frauen und Kinder	Annahme
F 2	Errichtung von Kassen und Unterhaltersatz	Ablehnung
F 3	Ärztehonorar und Krankenhauskosten	Annahme in geänderter Fassung
F 4	Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches	Annahme
F 5	Änderung des Ladenschlußgesetzes	Ablehnung
F 6	Änderung im Renten- u. Sozialbereich	Überweisung an die Bundestagsfraktion
F 7	Stationärer Aufenthalt von Kindern in Kliniken und Krankenanstalten	Annahme
F 8	Mitbestimmung	Annahme
G 1	Rechtsberatung	Annahme in geänderter Fassung
H 1	Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz über die außerschulische Jugendarbeit u. Jugendbildungsarbeit	teilweise Übernahme in Antrag H 3
H 2	Jugendarbeitslosigkeit	Annahme
H 3	Gesetzliche Regelung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit	Annahme mit Ergänzungen aus Antrag H 1
	Entschließung zur Antragsgruppe H	Annahme
I 1	Begrenzung des Anstiegs der Sozialmieten	Annahme
I 2	Bildung eines Bauministeriums	Antrag zurückgezogen
Initiativ-Anträge:		
3 C	Wirtschafts- und Finanzpolitik	Annahme
4 C	Energiepolitik	Annahme
5 C	Röder-Prozeß	Annahme

Antrag-Nr.	Betreff:	Beschluß:
6 E	Verschiebung des Einstellungstermins i. d. Vorbereitungsdienst für Grund- und Hauptschulen/Keine Lehrereinstellung	Annahme in geänderter Fassung
7 G	Politische Gefangene	Annahme
8 F	Bundeseinheitlich geplanter Großversuch, Tempo 130 auf der Hansalinie einzuführen	Annahme in der Fassung der Antragskommission
9 C	Ergänzung zu Antrag C 3	Annahme
10 E	Ergänzungen zu den Anträgen E 7 und E 11	erledigt durch Annahme Antrag E 11
11 G	Ergänzung zu Antrag G 1	Annahme
12 E	Haushaltstitel „Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfalen	Annahme
13 C	Chilenischer Kupferkonzern CODELCO	Überweisung an Landesvorstand
14 F	Ablehnung der zeitlichen Begrenzung der Telefongespräche im Ortsverkehr	Ablehnung
15 C	„Radiothek“	Annahme bei einer Streichung
16 C	Baustopp der 2. Baustufe des „Steag-Kraftwerkes“ in Voerde	Ablehnung
17 B	Regierungsbezirke	Überweisung an Landesvorstand
	Entschließung zur Energiepolitik	Annahme

Beschlossene Anträge	Bemerkungen
<p>A/1 Antragsteller: OV Rheydt-West Betreff: Information der Ortsvereinsvorstände</p> <p>In Zukunft soll eine bessere Koordinierung der Parteiarbeit zwischen dem Landesvorstand und den Ortsvereinen erfolgen, in Form regelmäßiger Information an die Ortsvereinsvorstände.</p>	Überweisung an den Landesvorstand
<p>A/2 Antragsteller: UB Märkischer Kreis Betreff: Einsatz von Werbematerial</p> <p>Zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlkämpfen sollen Druckschriften, Informations- und Argumentationshilfen bei der zentralen Verteilung in der Anzahl den Ortsvereinsgrößen besser angepaßt werden.</p> <p>Informationsschriften und Argumentationshilfen sollen nicht erst in den letzten Wochen vor dem Wahltermin eingesetzt werden, sondern je nach Aktualität und Notwendigkeit sinnvoll auf die Zeiträume zwischen den Wahlen den Ortsvereinen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt und den Mitgliedern zur Information der Wähler ausgehändigt werden.</p>	Überweisung an den Landesvorstand
<p>B/1 Antragsteller: OV Wiedenbrück Betreff: Änderung der Gemeindeordnung/Ausschußbesetzung</p> <p>In die Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen ist im Rahmen des § 41 (Bildung von Ausschüssen) folgender Passus einzufügen:</p> <p>„Falls interfraktionell keine Einigung über die Besetzung der Ausschußvorsitzenden erreicht wird, sind die Vorsitzenden der Ausschüsse - außer dem Hauptausschuß - im Zugriffsverfahren, nach d'Hondt, zu verteilen.“</p>	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag
<p>B/2 Antragsteller: OV Übach-Palenberg Betreff: Koalitionspapier/Kommunalverfassung</p> <p>Der neu gewählte Landesvorsitzende soll im Auftrage des Parteitages bei den anderen Mitgliedern des Koalitionsausschusses, die der SPD angehören, dahingehend vorstellig werden, daß klar gestellt wird, daß das unter V, Abs. 4 im Koalitionspapier aufgenommene Begehren der FDP „Die Koalitionspartner streben eine Änderung der Kommunalverfassung mit dem Ziel an, unter Ablösung der derzeitigen „Zweigleisigkeit“ als Verwaltungsspitze ein Kollegialorgan einzuführen“ nicht die Unterstützung und Billigung des Landesparteitages hat.</p>	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag
<p>B/3 Antragsteller: OV Höxter Betreff: Wirtschaftsförderung</p> <p>Alle gesetzlichen Bestimmungen, die sich mit der Wirtschaftsförderung befassen, sind zu sichten und zu überprüfen.</p> <p>Es sind neue Vorschläge einer sinnvollen Wirtschaftsförderung vorzulegen, bei denen sozialdemokratische Grundsätze ihren Niederschlag finden sollen.</p> <p>Der Abschnitt „Kommunale Wirtschaftsförderung“ aus dem kommunalpolitischen Programm der Jungsozialisten ist dabei mit hinzuziehen.</p>	Überweisung an den Kommunalpolitischen Sonderparteitag

Fortsetzung
B/3

Bundes-, Landes- und Bezirksvorstand werden aufgefordert, zu diesem Zweck entsprechende Fachausschüsse zu bilden bzw. diese Aufgabe bereits bestehenden Ausschüssen zu übertragen.

B/5

Antragsteller: OV Wermelskirchen
Betreff: Kündigungsgesetz für Mitglieder kommunaler
Vertretungskörperschaften

Überweisung an den
Kommunalpolitischen
Sonderparteitag

Die SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesvorstand der SPD werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß für Mitglieder kommunaler Vertretungskörperschaften ein dem für Betriebsratsmitglieder vergleichbarer Kündigungsschutz in das Kündigungsschutzgesetz aufgenommen wird.

C/1

Antragsteller: OV Übach-Palenberg
Betreff: Belastung kinderreicher Familien aufgrund der
Mittel zur Haushaltssanierung

Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert zu prüfen, ob bei der geplanten Mehrwertsteuererhöhung der ermäßigte Steuersatz, vor allem für Nahrungsmittel, unverändert bleiben kann.

C/2

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Neuerrichtung von Kraftwerken (staatliche Mit-
planung)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch eine Änderung des § 13 Energiewirtschaftsgesetz oder in anderer geeigneter Weise die Möglichkeit zur staatlichen Mitplanung der Neuerrichtung von Kraftwerken zu schaffen.

C/3

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Strukturpolitik

Die jetzige weltwirtschaftliche Krise mit ihren Auswirkungen auf die Bundesrepublik läßt sich für unser Land auf Dauer nicht mehr mit einer reaktiven Konjunkturpolitik allein beheben, weil die jetzige Konjunkturkrise zunehmend in eine Wachstumskrise mündet. Deshalb ist eine längerfristige Wachstums-, Struktur- und Regionalpolitik zur Sicherung der Arbeitsplätze erforderlich.

Bund und Länder werden deshalb aufgefordert, eine strukturpolitische Konzeption zu erarbeiten. Diese kann u.a. folgende Teilbereiche und Maßnahmen umfassen:

1. Eine gesamtwirtschaftliche koordinierte Technologiepolitik, die nicht mehr dem Prinzip der Einzelförderung folgt und sich die Stärkung der Produktivität zum Ziel setzt,
2. eine allgemeine und berufliche Bildungspolitik, die in engem Verbund mit der Technologiepolitik zu einer allgemeinen Steigerung der Fähigkeiten und größeren beruflichen Mobilität bei möglichst geringen Umlernzeiten führt,
3. eine zwischen Bund, Länder und Gemeinden abgestimmte Investitionsförderungspolitik,
4. eine Energie- und Rohstoffpolitik, die in Verbindung mit der Technologiepolitik auf einen möglichst rationellen Einsatz von Energie und Rohstoffen gerichtet ist,
5. eine Vereinheitlichung und Abstimmung der Entwicklungsprogramme von Bund und Ländern. Diese Programme sollen auch Branchenprognosen und Förderungsprogramme enthalten.

Fortsetzung
C/3

6. eine Beteiligung der öffentlichen Hand bei Forschungen, technischen Umstellungen und langfristigen Investitionen.
7. Subventionen und Investitionsbeihilfen sollen in Zukunft mit Auflagen und Bedingungen verknüpft werden, die auch die Durchsetzung arbeitsrechtlicher und sozialpolitischer Zielsetzungen gewährleisten.
8. Bei der Entwicklung strukturpolitischer Konzeptionen muß eine Beteiligung der Arbeitnehmer entsprechend den Vorstellungen des DGB zur Errichtung von Wirtschafts- und Sozialräten angestrebt werden.

D/1

Antragsteller: UB Münster
Betreff: Ministerpräsidentenerlaß über die Beschäftigung Radikaler im öffentlichen Dienst/Parteitagbeschuß Hannover 1973

Der Landesparteitag fordert die sozialdemokratischen Mitglieder der Landesregierung auf, dafür zu sorgen, daß der Ministerpräsidentenbeschuß über die Beschäftigung sog. Radikaler strikt nach den Beschlüssen des Parteitages Hannover 1973 und unter Berücksichtigung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts angewandt wird.

Das heißt:

1. Allein die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen politischen Partei steht der Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegen. Dies gilt auch für die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Organisation.
2. Wo ein Ausbildungsmonopol des Staates besteht, muß jedem Bewerber Gelegenheit gegeben werden, seine Ausbildungszeit zu absolvieren. Es soll keine Sonderregelungen für sog. Radikale geben, wie zum Beispiel Referendarausbildung im Angestelltenverhältnis.
3. Die Einstellungsbehörde trägt die Beweislast dafür, daß der Bewerber nicht die Gewähr dafür bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten.
4. Zur Ablehnung eines Bewerbers dürfen nur gerichtsverwertbare Tatsachen führen.
5. Dem Bewerber sind die zur Ablehnung führenden Tatsachen schriftlich mitzuteilen. Dem Bewerber sind alle Bedenken und Tatsachen, die über ihn vorliegen, auch schon vor einer eventuellen Anhörung, zu der er einen Rechtsbeistand (z. B. Gewerkschaftsvertreter oder Rechtsanwalt) mitbringen kann, mitzuteilen. Derartige Anhörungen sind wörtlich und umfassend zu protokollieren. Die Protokolle sind dem Bewerber unverzüglich zuzuleiten.
6. Die Sicherheits- und Nachrichtenbehörden dürfen nur solche Erkenntnisse an die Einstellungsbehörden weitergeben, aus denen sich eindeutig ergibt, daß der Bewerber nicht die Gewähr bietet, jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten.

E/1

Antragsteller: UB Münster
Betreff: Mitgliedschaft in der Sozialdemokratischen Wählerinitiative ein „schwerer und ärgerlicher Verstoß gegen priesterlichen Lebenswandel“!

Überweisung an den Landesvorstand

Die Landesregierung wird gebeten, den unveränderten Fortbestand von Konkordatsbestimmungen aus dem Jahre 1929 zu überprüfen, die der Amtskirche anscheinend die Möglichkeit geben, im Falle des Münsteraner Professors Horst Herrmann, neben dessen eigenstän-

Fortsetzung

E/1

digen Auffassungen zum Staatskirchenrecht auch seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Wählerinitiative als „schweren und ärgerlichen Verstoß gegen den priesterlichen Lebenswandel!“ im Sinne eben jener Konkordatsbestimmungen zu bewerten.

Diese Überprüfung muß vor allem verhindern, daß mittels jener Konkordatsbestimmungen

1. der falsche Eindruck erweckt wird, ein Theologieprofessor habe sich mit seinen wissenschaftlichen und politischen Aktivitäten krimineller oder sittlicher Verfehlungen schuldig gemacht;
2. die Lehr- und Wissenschaftsfreiheit eines Hochschullehrers unterlaufen wird;
3. staatliches Recht als innerkirchliches Disziplinierungsmittel mißbraucht wird.

E/4

Antragsteller: UB Essen

Betreff: Bezahlter Bildungsurlaub

Der Landesparteitag NRW fordert die Landesregierung NRW und die SPD-Fraktion des Landtags NRW auf, sich gemäß dem Vorschlag des DGB-Landesbezirks für einen bezahlten Bildungsurlaub von angemessener Dauer für alle Arbeitnehmer einzusetzen.

Diese durch den Arbeitgeber bezahlte Freistellung von anderer Arbeit dient der politischen und gesellschaftlichen Bildung, um die Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen und sie zu befähigen, sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen und aktiv ihre Grundrechte in allen Lebensbereichen in Anspruch zu nehmen.

E/5

Antragsteller: OV Dortmund-Süd

Betreff: Pflichtbesuch des Schulkindergartens

Der Parteitag fordert die sozialdemokratische Landtagsfraktion und unsere Minister auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß Kinder zum Besuch des Schulkindergartens gesetzlich verpflichtet sind, wenn sie wegen fehlender Schulreife für ein Jahr vom Besuch des 1. Grundschuljahres zurückgestellt worden sind. Die gesetzliche Regelung ist so zu treffen, daß die in NRW bestehende vorbildliche Einrichtung des Schulkindergartens auch alle Kinder erreicht, für deren Förderung sie gedacht ist; gegenüber uneinsichtigen Eltern muß im Interesse des Kindes eine Besuchspflicht geltend gemacht werden können.

E/6

Antragsteller: Bezirk Ostwestfalen-Lippe

Betreff: Lehrerausbildung und -besoldung

Die Landtagsfraktion und die Landesregierung werden aufgefordert zu verhindern, daß Forderungen des Finanzministers nach einer Dreistufigkeit der Lehrerausbildung und Lehrerbesoldung zum Tragen kommen. - Die Grundschule darf nicht dadurch abgewertet werden, daß sie weniger gut ausgebildete und bezahlte Lehrer erhält. Besonders Grundschulkinder haben den Anspruch auf einen qualifizierten Lehrer.

Überweisung an den
Landesvorstand

E/8

Antragsteller: OV Köln-Mitte

Betreff: Rheinische Akademie e. V. Köln

Der Landesparteitag fordert die SPD-Landtagsfraktion auf,

Überweisung an den
Landesvorstand

Fortsetzung
E/8

sich umgehend dafür einzusetzen, daß die private „Rheinische Akademie e. V.“ in Köln (Fachschule und Fachhochschule) in staatliche Hände übergeführt wird.

E/9

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Neuregelung des Hochschulzugangs

Zur Neuregelung des Hochschulzugangs sind sofort folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- o Sofortige Änderung des Zulassungsverfahrens auf bundeseinheitlichem Fundament. Bei der Neuregelung ist eine Kombination von Schulleistungen, praktischer Betätigung und Losverfahren zu finden, wobei Spitzen- und Neigungsfächer mehr als bisher berücksichtigt werden können. Am einfachsten ist dies durch sofortige Verabschiedung des Hochschulrahmengesetzes zu verwirklichen.
- o Ausbau und Intensivierung der Beratungstätigkeit in der Sekundarstufe II. Wirtschaft, Verwaltung und Berufsberatung sollten daran mitwirken.

Sie müssen ergänzt werden durch folgende mittel- und langfristige flankierende Maßnahmen, die außerdem zu Einsparungen führen können:

- o Neuordnung der Ausbildungsgänge an den Hochschulen und Beschleunigung der Studienreform, eine Verkürzung der Studiendauer wäre u.a. eine der Folgen.
- o Zügige Entwicklung der gesamten Hochschulbereiche zu Gesamthochschulen, Vermeidung von Studienumwegen und Doppelkapazitäten wären u. a. die Folgen.
- o Für Abiturienten, die nicht studieren könnten oder wollen, müssen geeignete Berufswege geschaffen werden.

E/11

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Reform der beruflichen Bildung

Die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung werden aufgefordert, mit Nachdruck darauf hinzuweisen, daß in dieser Legislaturperiode ein für alle Bereiche der beruflichen Bildung geltendes Berufsbildungsgesetz verabschiedet wird, welches u. a. folgende Regelungen vorsieht:

1. Sicherung und Ausgestaltung der verfassungsmäßig garantierten Rechte aller Jugendlichen auf Ausbildung.
2. Verbesserung der beruflichen Bildung durch Verzahnung der betrieblichen und schulischen Ausbildung, kontinuierlichen Ausbau überbetrieblicher Ausbildungsstätten, Einführung von geeigneten Kontrollorganen, an denen die Gewerkschaften in angemessener Weise zu beteiligen sind, die die Qualität der Ausbildung überwachen.
3. Sicherstellung einer bundeseinheitlichen Anwendung des Berufsausbildungsgesetzes durch Errichtung einer Bundesanstalt für Berufsbildung.
4. Eine von der Finanzkraft des einzelnen Betriebes und der jeweiligen Wirtschaftslage weitgehend unabhängige Finanzierung der beruflichen Bildung durch Einrichtung eines Fonds aller Betriebe und Verwaltungszweige.

Mit dem Berufsbildungsgesetz muß zugleich der Ausbau des beruflichen Schulwesens einhergehen.

Die Berufsberatung der Schulabgänger ist dem neuen Berufsbildungsgesetz anzupassen. Um die Berufswahl der Schulabgänger zu erleich-

Fortsetzung
E/11

tern, muß sichergestellt werden, daß Auskünfte über die Berufsaussichten in den einzelnen Berufszweigen auf gesicherten aktuellen Erkenntnissen beruhen.

Lernschwache und behinderte Jugendliche sind verstärkt zu fördern. Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, Haushaltsmittel bereitzustellen, um Einrichtungen zur nachträglichen Erlangung des Hauptschulbeschlusses verstärkt auszubauen.

E/12

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Bildungsurlaub für Personalratsmitglieder

Die Landtagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich für eine Änderung des Landespersonalvertretungsgesetzes einzusetzen, die eine Übernahme der Bundesregelung betreffend den zusätzlichen Bildungsurlaub für Personalratsmitglieder vorsieht.

Entschließung zur Antragsgruppe E

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen

1. Das gestörte Weltwährungssystem, die weltweite Konjunkturflaute, die Energiekrise, die fast alle Staaten betreffende Inflation, die erheblichen Preissteigerungen auf dem Rohstoffmarkt haben auch die Volkswirtschaft der Bundesrepublik erheblich beeinträchtigt und anhaltender getroffen, als es vorauszusehen war. Hinzu kamen die nicht ausreichende Inlandsnachfrage und die Verringerung des Steueraufkommens durch die schlechtere Beschäftigungslage und durch die Steuerreform.
Die Situation zwingt die öffentlichen Hände zu Einschränkungen und Sparprogrammen just in dem Augenblick, in dem von ihnen konjunkturstützende Maßnahmen erheblichen Umfangs erwartet werden.
Sie wird ausgenutzt für eine gezielte Kampagne gegen wichtigste soziale Leistungen für Arbeitnehmer und gegen den Sozialstaat insgesamt sowie gegen die Bildungsreform. Sie hat folgende Stoßrichtung:
 - o Die soziale Sicherung der Arbeitnehmer und der Ausbau des Sozialstaats sollen grundsätzlich in Frage gestellt werden.
 - o Sie ist zugleich gegen die Bildungsreform gerichtet.
 - o Sie soll die soziale und bildungspolitische Leistungsbilanz der Sozialdemokraten schon im Vorfeld der Wahlauseinandersetzungen 1976 abwerten und fragwürdig machen.
2. Die Sozialdemokraten sind stolz auf die Bilanz sozialer Leistungen, die durch ihre politische Kraft verwirklicht wurden. Noch nie zuvor ist in einem so relativ kurzen Zeitraum soviel für die Arbeitnehmer, aber auch für Landwirte und Selbständige sowie für Behinderte und Benachteiligte erreicht worden. Jetzt kommt es darauf an, das Erreichte zu sichern.
3. Das Gleiche gilt für die Bildungsreform. Noch nie ist auf diesem Gebiet in den letzten Jahren so viel erreicht worden wie durch sozialdemokratische Initiative.
4. Der Landesparteitag hält es für erforderlich, in der Sozialpolitik und in der Bildungspolitik ohne Hysterie und Illusionen das Erreichte zu sichern und einen vernünftigen und stetigen Ausbau zu bewirken.
5. Im Lande und in den Gemeinden ist gerade jetzt eine offensive Bildungspolitik tatkräftig zu betreiben. Sie sichert nicht nur die maßvolle Fortführung der Bildungsreform, sondern dient kurzfristig der Belebung der Konjunktur und langfristig der Sicherung

der Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die sachlichen, personellen und finanziellen Voraussetzungen für die Durchführung einer offensiven Bildungspolitik und damit für die dringend notwendige Fortführung der Bildungsreform sind zu schaffen.

F/1

Antragsteller: OV Übach-Palenberg
Betreff: Vorsorgeuntersuchungen für Frauen u. Kinder

Weiterleitung an den
Bundesparteitag

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, durch gesetzgeberische Initiativen dafür zu sorgen, daß a) in der Bundesrepublik alle schwangeren Frauen gesetzlich verpflichtet sind, an den vorgesehenen Vorsorgeuntersuchungen teilzunehmen;
daß b) alle Eltern gesetzlich verpflichtet sind, ihre Kinder von Geburt an bei den schon heute vorgesehenen Frühuntersuchungen vorzustellen;
daß c) alle schulpflichtigen Kinder in Vorsorgeuntersuchungen auf Frühkörperschäden, die den Eltern nicht auffallen können, untersucht werden.

F/3

Antragsteller: OV Übach-Palenberg
Betreff: Ärztehonorar und Krankenhauskosten

Der Bundesparteitag fordert die Bundesregierung auf, umgehend auf der Grundlage der „Gesundheitspolitischen Leitsätze“ (Entwurf der Gesundheitspolitischen Kommission beim Parteivorstand) gesetzgeberische Maßnahmen einzuleiten mit dem Ziel, die Kostenexplosion in den Griff zu bekommen und durch eine entschiedene Strukturreform des Gesundheitswesens eine bessere medizinische Versorgung zu gewährleisten. Dabei ist besonders darauf zu achten, daß Ärzte, Apotheker und Arzneimittelhersteller nicht weiterhin „weit höhere Einkommenszuwachsrate beziehen als andere ehrlich arbeitende Menschen in diesem Land“ (Zitat Willy Brandt).

F/4

Antragsteller: OV Dortmund-Nordost
Betreff: Schaffung eines Arbeitsgesetzbuches

Die Bundesregierung wird aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode im Rahmen der Neuschaffung eines umfassenden Arbeitsgesetzbuches die willkürliche Trennung der Arbeitnehmerschaft in Arbeiter und Angestellte aufzuheben und durch ein einheitliches Beschäftigungsverhältnis ohne Diskriminierung einzelner Arbeitnehmergruppen zu ersetzen.

In diesem Zusammenhang sollte auch untersucht werden, ob die Aufrechterhaltung des Berufsstandes der Beamten unter Berücksichtigung der heutigen gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse noch zu vertreten ist.

F/6

Antragsteller: OV Rheinhausen
Betreff: Änderung im Renten- und Sozialbereich

Überweisung an die
Bundestagsfraktion

Im Zuge der verschiedenen Reformen im Renten- und Sozialbereich sind bisher wichtige Punkte außer acht gelassen worden, die unseres Erachtens dringend änderungsbedürftig sind, und zwar:

1. Witwenrente

Nach dem heutigen Rentenrecht beträgt die Witwenrente 60 Prozent der Rente, die der Ehemann hatte oder haben würde. Dieser Prozentsatz ist entschieden zu niedrig, da alle Haushalts-

belastungen (z. B. Miete, Heizung, Strom etc.) in der gleichen Höhe bestehen bleiben. Wir fordern daher eine Anhebung der Witwenrente von bisher 60 Prozent auf 80 Prozent.

2. Witwenrente

Es ist ein absoluter Verstoß gegen den Grundsatz der Gleichberechtigung, daß der Witwer nur in den seltensten Ausnahmefällen eine Witwenrente aus der Versicherung einer verstorbenen Ehefrau bekommt, zumal auch die von der Ehefrau entrichteten Beiträge ein für die Familie entgangenes Entgelt sind.

Wir fordern daher, daß generell auch der Ehemann gesetzlichen Anspruch auf die Rente der verstorbenen Ehefrau erhält. Damit würde außerdem erreicht werden, daß

- die mit der Rentenreform 1972 geschaffene Möglichkeit der Versicherung der Hausfrauen auch tatsächlich positive Auswirkungen nach sich zieht und
- die im neuen Ehe- und Familienrecht vorgesehene Gleichstellung hinsichtlich der Unterhaltsleistung wirkungsvoll ergänzt wird.

3. Kriegsoffizierrente

Bei den Kriegsoffizierrenten sehen wir den Abzug von Zulagen - insbesondere des Berufsschadenausgleiches - bei Erreichen des Rentenalters von 65 Jahren des Gefallenen nicht für gerechtfertigt an und bitten dringend um Abhilfe. Dasselbe gilt sowohl für die Hinterbliebenenrenten als auch für die Versichertenrenten.

4. Babyjahr

Die Anrechnung von Ausfall- und Ersatzzeiten (z.B. Studium, Wehrdienst usw.) kommt bisher fast ausschließlich den männlichen Versicherten zugute. Dieser Vorteil muß auch den weiblichen Versicherten zugestanden werden. Frauen sind durch die Geburt von Kindern meistens gezwungen, ihre berufliche Laufbahn zu unterbrechen. Dadurch entstehen ihnen große Verluste in den Anrechnungszeiten. Wir fordern daher dringend die Anrechnung eines Babyjahres als Ersatzzeit für alle berufstätigen Frauen.

5. Rentenanpassung

Die verschiedenen Zeitpunkte und unterschiedlichen Erhöhungen von Renten einerseits bringen immer wieder Benachteiligung eines bestimmten Empfängerkreises mit sich.

Wir halten es daher für dringend erforderlich, daß

- die Anpassung aller Renten- und Sozialleistungen (BSHG) zu einem einheitlichen Zeitpunkt (z. B. 1. 1. jeden Jahres) erfolgt und
- bei Kleinrenten anstelle einer prozentualen Erhöhung ein angemessener Sockelbetrag zur Anrechnung kommt.

Die ausführlichen Begründungen für die vorstehenden Punkte sind genügend bekannt. Besonders unverständlich ist es uns aber, daß die schlechte Situation der weiblichen Rentner, die in jeder Statistik immer wieder augenscheinlich aufgezeigt wird, in den bisherigen Reformen im Renten- und Sozialbereich keine Beachtung gefunden hat. Wir hoffen, daß die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode eine wirklichkeitsnahe Altersversorgung der Frauen ermöglicht.

F/7

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Stationärer Aufenthalt von Kindern in Kliniken und Krankenanstalten

Die Landesregierung wird gebeten, darauf hinzuwirken, daß nach vorheriger Erprobung beim stationären Aufenthalt von Kindern in Kliniken und Krankenanstalten bis zum vollendeten 8. Lebensjahr ein Elternteil zur pflegerischen Betreuung zugelassen wird.

F/8

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Mitbestimmung

Der Landesparteitag fordert die Bundesregierung und die Bundestagsfraktion nachdrücklich dazu auf, noch in dieser Legislaturperiode eine gesetzliche Regelung der Mitbestimmung zu verwirklichen. Dabei sollte jedem Koalitionskompromiss zugestimmt werden, sofern er nicht gegen die Einheitlichkeit und Solidarität der Interessenvertretung der Arbeitnehmer verstößt.

Ein Sondervorschlags- oder Wahlrecht der leitenden Angestellten widerspricht nicht nur erklärten Grundsätzen sozialdemokratischer Politik, sondern belastet auch den sozialen Ausgleich durch den Kampf rivalisierender Interessengruppen der Arbeitnehmerschaft.

G/1

Antragsteller: UB Essen
Betreff: Rechtsberatung

Der Landesparteitag NRW fordert die Landtagsfraktion auf, die Rechtsberatung der Bürger zu verbessern.

Probeweise sollen verschiedene Modelle einer kostenlosen Rechtsberatung durchgeführt werden.

Der Landesvorstand der SPD wird gebeten, dem nächsten Landesparteitag über die Maßnahmen zu berichten, die zur Verwirklichung dieses Zieles getroffen worden sind.

H/2

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Jugendarbeitslosigkeit

Die vorhandene Arbeitslosigkeit schlägt sich auch im Sektor der jugendlichen Arbeitnehmer nieder:

Der Jugendarbeitslosigkeit kann grundsätzlich nur im Zusammenhang mit der allgemeinen Arbeitslosigkeit begegnet werden. Solange Investitionen völlig unabhängig von den Interessen und Bedürfnissen der Gesamtgesellschaft getätigt werden, wird Arbeitslosigkeit, also auch Jugendarbeitslosigkeit, mehr oder weniger heftig immer festzustellen sein. Neben dieser grundsätzlichen Problematik gibt es jedoch Maßnahmen, mit denen die Jugendarbeitslosigkeit zumindest zurückgedrängt werden kann.

Diese Maßnahmen sind:

- eine wirksame Reform der beruflichen Bildung in der durch ein Finanzierungssystem die Mittel aufgebracht werden können, die notwendig sind, um genügend Ausbildungsstellen zu beschaffen. Insbesondere muß das Angebot an Ausbildungsstellen in Großbetrieben erweitert werden. Betriebsräte und Jugendvertretungen müssen rechtlich so gestellt werden, daß sie dabei gegenüber den Unternehmensleitungen initiativ werden.
- Das Angebot an Lehrstellen im öffentlichen Bereich muß vor allem bei Bahn, Post und Stadtwerken erweitert werden. Diese Erweiterungen müssen in Berufen erfolgen, die auch im privatwirtschaftlichen Sektor ausgeübt werden.
- Überall, wo dies möglich ist, sollte das 10. Schuljahr obligatorisch eingeführt werden. Dies ist notwendig, da eine breit angelegte Allgemeinbildung die Voraussetzung für eine gute Berufsbildung ist.
- Das Berufsgrundschuljahr ist als obligatorisches Schuljahr einzurichten. Die von den Kultusministerien der Länder dabei schon gemachten Anfänge müssen vorangetrieben werden.
- Auch ohne ein im Berufsbildungsgesetz festgelegtes Finanzierungssystem müssen verstärkt überbetriebliche Ausbildungswerkstätten erstellt werden. Dies ist besonders in strukturschwachen Gebieten notwendig. Dabei kommt den Kommunen eine besondere Bedeutung zu.

- Die Möglichkeit zur Erlangung der jeweiligen Schulabschlüsse in den allgemeinbildenden Schulen muß weiter ausgebaut werden. Dies bezieht sich auf Bildungsgänge in und außerhalb der Schule. Es ist auf lange Sicht untragbar, daß ca. 25 % der Hauptschulabgänger die Schule ohne Abschluß verlassen.
- Die Förderlehrgänge des Arbeitsamtes für sogen. berufsunreife Jugendliche bzw. nichtvermittlungsfähige Jugendliche müssen weiter ausgebaut werden. Allerdings ist darauf zu achten, daß die Teilnehmer solcher Förderlehrgänge nicht als billige Arbeitskräfte in den Betrieben eingesetzt werden, die mit dem Förderlehrgang befaßt sind. Die von der Arbeitsverwaltung angebotenen Förderlehrgänge müssen auch mit einem anerkannten Abschluß enden. Nur dadurch kann der Jugendliche zumindestens in Ansätzen in die Lage versetzt werden, nach dem Absolvieren eines Lehrganges eher einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu finden.

Die Landesregierung sowie alle Parlamentarier der SPD und die jeweiligen Parteiorganisationen sind aufgefordert, im Sinne dieser Vorstellungen und Forderungen politisch zu wirken.

H/3

Antragsteller: Landesvorstand
Betreff: Gesetzliche Regelung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit

Die SPD-Landtagsfraktion NRW wird aufgefordert, umgehend den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der außerschulischen Jugendbildungsarbeit (Jugendbildungsgesetz) als Ausführungsgesetz zum Jugendwohlfahrtsgesetz (AG-JWG) im Landtag von Nordrhein-Westfalen einzubringen.

Für alle Bildungsbereiche gibt es gesetzliche Regelungen: für die Vorschulerziehung, die Schule, die Berufsbildung, die Weiterbildung.

Der Landesparteitag NRW der SPD erwartet von dem einzubringenden Gesetzentwurf:

1. daß darin die Mindestleistungen des Landes und der Kommunen für Einrichtungen und Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildungsarbeit verbindlich festgelegt werden; und zwar für
 - a) Einrichtungen, wie Jugendzentren, Jugendbildungs- und Freizeitstätten (Investitionskosten und Betriebskosten)
 - b) Fachkräfte bei öffentlichen und freien Trägern (Personalkosten)
 - c) Veranstaltungen, wie Seminare, Lehrgänge, Projektgruppen, Studienfahrten
 - d) Modelle und Experimente,
2. daß insbesondere den traditionell vernachlässigten bisher zu wenig angesprochenen Jugendlichen (Lehrlinge, Jungarbeiter), die die Mehrheit aller Jahrgänge bilden, geeignete Angebote mit dem Ziel ihrer sozialen und individuellen Emanzipation gemacht werden;
3. daß für alle nach diesem Gesetz zu fördernden Jugendeinrichtungen die Mitbestimmung junger Menschen bis zu 25 Jahren in mindestens Drittelparität (neben Trägervertretern und Fachleuten) verbindlich vorgeschrieben wird;
4. daß die nach diesem Gesetz zu fördernden Jugendeinrichtungen allen jungen Menschen ohne Rücksicht auf ihre Konfessions-, Verbands- oder Vereinszugehörigkeit offenstehen;
5. daß die kommunalen Jugendämter verpflichtet werden, kommunale Jugendhilfepläne aufzustellen, die alle Einrichtungen und Veranstaltungen der Jugendhilfe umfassen. (Diese Frage könnte auch in einer Novelle zum ersten AG-JWG vom . . . geregelt werden.)

Die kommunalen Jugendhilfepläne sollen eine inhaltliche Aussage zur Jugendpolitik einer Stadt oder eines Kreises enthalten. Durch die Aufstellung dieses langfristigen kommunalen Jugendhilfeplans vor

dem Hintergrund einer kritischen Bestandsaufnahme, einer kommunalpolitischen Zielvorstellung und einer Bedarfsermittlung kann die kommunale Jugendpolitik von allen, insbesondere von den Betroffenen, besser und mit mehr Aussicht auf Erfolg beeinflußt werden. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Gesetzes sollen durch die „Oberste Landesjugendbehörde“ Richtzahlen und Richtwerte entwickelt werden, durch die der Mindestbedarf an Einrichtungen, Fachkräften und Veranstaltungen der außerschulischen Jugendbildungsarbeit quantifiziert werden kann, um auf diesem Wege den jungen Menschen in den landwirtschaftlich und strukturell unterschiedlichen Gebieten ein gleichmäßiges Angebot außerschulischer Jugendbildungsarbeit zu machen.

Das Ziel außerschulischer Jugendbildungsarbeit soll die individuelle und soziale Emanzipation des jungen Menschen sein, d.h.: Aufklärung und Befähigung zur Selbständigkeit und Kritikfähigkeit. Befähigung in der Gesellschaft selbstverantwortlich und frei von unnötigen Zwängen mit anderen zu leben,

Befähigung, die gesellschaftlichen Zusammenhänge vor allem im Sinne der dort herrschenden Fremdbestimmungen und Interessenkonflikte zu erkennen, auf die eigene Lage zu beziehen und danach zu handeln, Befähigung, sich solidarisch zu verhalten,

Befähigung, auf dieser Grundlage am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben verantwortlich mitzuwirken und mitzubestimmen,

Befähigung, an der Veränderung der sozialen und politischen Umwelt mitzuwirken.

Entschließung zur Antragsgruppe H

Antragsteller: Landesvorstand

Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen werden ersucht, dafür zu sorgen,

daß in angemessenem Umfang auch Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden, wenn durch öffentliche Maßnahmen zur Förderung der Wirtschaftsstruktur neue Beschäftigungsmöglichkeiten entstehen. Dabei sind vorrangig Gebiete zu berücksichtigen, in denen die Frauenerbeitslosigkeit besonders hoch ist.

Die Träger beruflicher Bildungsmaßnahmen sind ferner anzuhalten, mehr attraktive Angebote für die Eingliederung und Fortbildung arbeitsloser junger Mädchen zu machen und darüber ausreichend zu informieren.

I/1

Antragsteller: Landesvorstand

Betreff: Begrenzung des Anstiegs der Sozialmieten

Landtagsfraktion und Landesregierung werden aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Mieten im öffentlich geförderten Wohnungsbau des Landes die Mietobergrenzen des Wohngeldgesetzes nicht überschreiten.

Die öffentliche Förderung muß angemessene Mietbelastungen für untere und mittlere Einkommen ermöglichen. Wo das nicht der Fall ist, soll durch eine entsprechende Förderung sichergestellt werden, daß die Mieten die Wohngeldobergrenze nicht übersteigen. Das gilt auch für nachträglich modernisierte Wohnungen.

Förderungsformen, die einkalkuliert nach Bezug der Wohnung zu mehrmaligen sprunghaft ansteigenden Belastungen und Mieten, aber auch zu Konflikten und Ungerechtigkeiten führen, müssen durch eine andere Art der Förderung ersetzt werden.

Initiativantrag 3/C

Betreff: Auswirkungen einer weltweiten Rezession

In der Bundesrepublik Deutschland wie in anderen Industrieländern herrschen gegenwärtig die Auswirkungen einer weltweiten Rezession:

Die tiefgreifende Krise des Weltwährungssystems, hohe Preissteigerungsraten in den meisten Staaten der Welt, extreme Verteuerung von Rohstoffen und des Erdöls werden in der Bundesrepublik allein innerhalb eines Jahres Exportausfälle im Werte von wahrscheinlich 40 Milliarden DM zu Folge haben.

Die Politik der Bundesregierung hat in der Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern die Auswirkungen dieser Entwicklung verhältnismäßig gut abgefangen. Dies kommt insbesondere in der absolut niedrigsten Preissteigerungsrate zum Ausdruck. Die neuen Investitionsprogramme der Bundes- und Landesregierung sind weitere notwendige Maßnahmen, um die wirtschaftliche Lage zu stabilisieren und die Voraussetzungen für den konjunkturellen Aufschwung zu verbessern.

Der Wiederaufschwung der Wirtschaft hängt entscheidend von einer dauerhaften Belebung der Nachfrage aus dem Ausland und dem Inland ab:

- Die dauerhafte Belebung der Auslandsnachfrage ist abhängig von einer koordinierten Wirtschaftspolitik aller westlichen Industrieländer in Kooperation mit den wichtigsten Rohstoffländern. Der Landésparteitag ist der Auffassung, daß die erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung um diese Koordinierung der entscheidende Beitrag der deutschen Politik zur Gesundung der Weltwirtschaft sind.

Zu den Folgen der Abschwächung des wirtschaftlichen Wachstums gehören die Verschärfung des Verteilungskampfes und geringere Zuwachsraten bei den Steuereinnahmen.

In dieser Lage sind folgende Grundsätze unverzichtbar:

- Die in den letzten Jahren verbesserte Einkommensverteilung zugunsten der Arbeitnehmer ist zu erhalten.
- Der erreichte Anteil öffentlicher Leistungen und Investitionen am Sozialprodukt, vor allem im Sozial- und Bildungsbereich, wird gesichert. Dies rechtfertigt auch Steuererhöhungen. Ein geeignetes Mittel dazu ist eine sozial differenzierte Mehrwertsteuer.
- Die Haushaltspolitik bei eingeschränktem Steueraufkommen darf in Bund, Land und Gemeinden die Grundprinzipien sozialdemokratischer Politik nicht außer Acht lassen.

Das bedeutet:

- Der Abbau staatlicher Leistungen ist kein Ziel an sich. Staatliche Leistungen müssen nur wirtschaftlicher und effizienter erbracht werden.
- Die soziale Sicherung aller Bürger muß erhalten bleiben.
- Die Senkung der gewinnunabhängigen Steuern oder der Einkommenssteuer durch Erhöhung der Abschreibungen und die Einführung eines Verlustrücktrages sind nicht nur konjunktur- und verteilungspolitisch, sondern auch haushaltspolitisch verfehlt.

Initiativantrag 4/C

Betreff: Einheimische Energieträger

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat immer den energiepolitischen Grundsatz vertreten, daß die einheimischen Energieträger und damit vor allem die Kohle optimal eingesetzt und die Abhängigkeit von importierter Energie eingeschränkt werden muß. Diese Auffassung ist durch die Verknappung und Verteuerung des Erdöls seit dem Herbst 1973 voll bestätigt worden.

Auch wenn zur Zeit keine aktuellen Versorgungsschwierigkeiten mit Erdöl und anderen importierten Energieträgern bestehen, muß die wirtschaftliche Lage des deutschen Steinkohlebergbaus weiter gesichert werden. Die Energieproduktion und die Energieversorgung

können nicht den Schwankungen des ständig von Störungen bedrohten Weltenergiemarktes überlassen werden. Weder den Arbeitnehmern in der deutschen Energiewirtschaft noch den Energieverbrauchern können die Gefahren zugemutet werden.

Die SPD in Nordrhein-Westfalen fordert daher:

1. Bundes- und Landesregierung sollen konsequent die Realisierung des Energieprogramms vorantreiben und auf die Versorgungsunternehmen mit dem Ziel einwirken, das vorgesehene 6.000-MW-Steinkohlewerkprogramm zu erfüllen. Gegebenenfalls sind geeignete gesetzliche bzw. administrative Maßnahmen zu treffen, um durch eine Mindestabnahmeverpflichtung der Energieversorgungsunternehmen den Steinkohleanteil an der Energieerzeugung zu sichern.
2. Um konjunkturbedingte Absatzeinbrüche im Bergbau zu überbrücken, sind vom Bund und von allen Bundesländern umgehend die finanziellen Voraussetzungen für die Vorhaltung einer nationalen Energiereserve (Haldenbestände) zu schaffen.
3. Die Freigabe weiterer Importkontingente zu Lasten der einheimischen Kohle ist zu unterlassen.
4. Energiepolitik und Umweltschutzpolitik sind besser zu koordinieren.
5. Die Preis- und Tarifstruktur in der Energiewirtschaft ist zur Vermeidung unsozialer Tarife neu zu ordnen.
6. Die Forschungs- und Entwicklungsvorhaben auf den Gebieten der Fernwärmeversorgung mit Hilfe der Kraftwerk-Koppelung und der chemischen Kohleveredlung in synthetische Gas- und Treibstoffe unter Verwendung von Kernwärme müssen verstärkt gefördert werden.
7. Die Finanzierung des Investitionsbedarfs der Energiewirtschaft darf nicht durch Privatisierung der bisher öffentlichen oder halböffentlichen Energieversorgungsunternehmen erfolgen.
8. Die Organisation der Energiewirtschaft in Nordrhein-Westfalen ist zu verbessern. Dazu gehören u.a. die institutionalisierte Abstimmung der Ausbaupläne im gesamten Energiebereich unter den daran beteiligten Unternehmen, Gewerkschaften und Behörden. Die zur Sicherung der Energieversorgung notwendigen Maßnahmen sind unter Berücksichtigung der Landes- und Regionalentwicklung zu treffen. Außerdem ist zu überprüfen, ob die derzeitige Abgrenzung der Versorgungsgebiete zur Verbesserung der Versorgungsstruktur geändert werden müssen. Ebenso sind neue Anschlußregelungen, insbesondere für die leitungsgebundene Wärmeversorgung, einzuführen.

Langfristig sollte auf Landesebene angestrebt werden, geeignete Organisationsformen und Führungsinstrumente zu entwickeln, die eine wirkungsvolle Koordinierung der Investitionsplanung in der Energieerzeugung und -verteilung gestatten. Dabei sind für die einzelnen Energieversorgungsunternehmen die Aspekte der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit entsprechend zu berücksichtigen.

Initiativantrag 5/G

Betreff: Vorgänge bei dem Bensheimer Röder-Prozeß

Ungestraft konnten außerhalb und im Gerichtssaal Anhänger des rechtsradikalen Anwalts Manfred Röder nationalsozialistische Kampflieder singen und mit antisemitischen Hetzparolen auftreten, während der als Zeuge geladene Simon Wiesenthal nicht einmal zu Wort kam.

Mit großer Bestürzung wurde auch festgestellt, daß die anwesenden Ordnungskräfte gegen die zum Völkerhasse aufrufenden Faschisten nicht in angemessener Form eingeschritten sind.

Der Landesparteitag verlangt eine baldige und sorgfältige Untersuchung bei Polizei und Justiz und Maßnahmen, die eine Wiederholung in ähnlicher Form ausschließen.

Initiativantrag 6/E

Betreff: a) Verschiebung des Einstellungstermins in den Vorbereitungsdienst für Grund- und Hauptschulen
b) Keine Lehrereinstellung am 1. 2. 1976

Der Landesparteitag schließt sich der Forderung vieler Prüfungskandidaten, die die 1. Staatsprüfung abgelegt haben, und der Lehramtsanwärter an, die Erlasse zu überprüfen oder zumindestens soziale Härtefälle zu verhindern.

Initiativantrag 7/G - Resolution

Betreff: Forderung der Hilfsorganisation Amnesty International für die Freilassung von politischen Häftlingen

Die Woche vom 13. bis 18. Oktober 1975 ist von der internationalen Hilfsorganisation Amnesty International, die sich für die Freilassung von politischen Häftlingen einsetzt, als „Woche des politischen Gefangenen“ deklariert.

Mit dieser Aktion soll auf jene Gefangene aufmerksam gemacht werden, die inhaftiert werden, weil sie z. B. ihre politische Meinung äußern, ihre Religion ausüben, eine Gewerkschaft gründen oder eine bestimmte Hautfarbe besitzen bzw. einer bestimmten Rasse angehören.

In 103 Ländern werden die elementarsten Menschenrechte verletzt, es wird in unvorstellbarer Art und Weise gefoltert, das Recht auf einen fairen Prozeß wird mißachtet. In über 20 Ländern wird täglich gegen den Artikel 5 der Erklärung der Menschenrechte verstoßen, der da sagt: „Kein Mensch darf der Folterung sowie grausamer, unmenschlicher und entwürdigender Behandlung unterworfen werden.“

Die grausamen Methoden, die z. B. in Staaten wie Chile, Spanien oder die UdSSR zur Unterdrückung des politischen Gegners angewandt werden, können gar nicht in dieser Resolution in ihrer Unmenschlichkeit zum Ausdruck gebracht werden. Man kann das Ausmaß menschlicher Perverterung in diesen Staaten nur ahnen, wenn man folgenden Ausspruch von A. Pinochet, Chef der chilenischen Militärjunta, hört: „Ich bin kein Mörder, aber wir werden die Gesetze, und zwar die Kriegsgesetze anwenden, wenn ein kleiner Kreis nicht anders zur Räson gebracht werden kann.“ Diese Einstellung erinnert an den Satz Hitlers: „Der Terror ist das wirksamste politische Mittel.“

In Erinnerung an die leidvollen Erfahrungen unseres Volkes in der Vergangenheit unterstützt der Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalens den Kampf von Amnesty International gegen den Terror gegen politische Gegner in über 100 Staaten und ruft dazu auf, weltweit gegen die Mißachtung der Menschenrechte vorzugehen. Anlässlich der „Woche des politischen Gefangenen“ ruft der Landesparteitag der SPD Nordrhein-Westfalen dazu auf, Solidarität mit den politisch Verfolgten in aller Welt zu üben und unterstützende Hilfe der Organisation Amnesty International zu gewähren.

In diesem Sinn verlangte Willy Brandt Hilfe für politische Gefangene, als er anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises sagte: „Ich habe sowohl während der nationalsozialistischen Zeit als auch später die Erfahrung gemacht, daß ein totalitäres Regime bei weitem nicht so unbeeinflussbar ist, wie man häufig annimmt. Die Meinung der Weltöffentlichkeit ist den Diktatoren durchaus nicht ganz gleichgültig. Manches Menschenleben hat gerettet, manches Leid hat gemildert werden können, dadurch, daß die Mauer des Schweigens durchbrochen, der Schleier der Anonymität zerrissen wurde.“

Initiativantrag 8/F

Betreff: Tempo 130

Der Landesparteitag wendet sich gegen den Boykott des bundes-einheitlich geplanten Großversuchs, Tempo 130 auf der Hansa-linie einzuführen und ist der Überzeugung, daß eine Geschwindig-keitsbegrenzung auch schon dann Vorrang vor einer sog. „Freien Fahrt“ und einer Richtgeschwindigkeit haben muß, wenn - wie gegenwärtig - nicht mit letzter naturwissenschaftlicher Sicherheit bewiesen, wohl aber aufgrund vielfältiger Indizien und konkreten Einzeluntersuchungen zu vermuten ist, daß Anzahl und Schwere der Unfälle zurückgehen werden.

Initiativantrag 12/E

Betreff: Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfalen

Der Kultusminister wird aufgefordert, sich für die Absicherung der Finanzierung der Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfa-len einzusetzen. Er möge dafür sorgen, daß der bestehende Haus-haltstitel „Überörtliche Organe der Schülermitverwaltung“ zwecks Gewährleistung einer einheitlichen Schülervertretung auf Landesebene in einen Haushaltstitel „Landesschülervertretung von Nordrhein-Westfalen“ umgeändert wird.

Initiativantrag 13/C

Betreff: Beteiligung des chilenischen Kupferkonzerns CODELCO an einem in Planung befindlichen Kupferwalzwerk in Emmerich/Niederrhein

Überweisung an den Landesvorstand

Der Landesparteitag der SPD in Nordrhein-Westfalen fordert die SPD-Fraktion im Landtag NRW und die SPD-Minister des Landes auf, umgehend zu Nachrichten Stellung zu nehmen, die von einer 40%igen Beteiligung des chilenischen Kupferkonzerns CODELCO an einem in Planung befindlichen Kupferwalzwerk in Emmerich / Niederrhein, sprechen.

Der Landesparteitag fordert in dieser Sache Aufklärung über fol-gende Fragen:

1. Ist es richtig, daß unter einer mehrheitlich von Sozialdemokraten geführten Landesregierung für die Beteiligung des chilenischen Konzerns eine Landesbürgschaft übernommen wurde?
2. Ist es möglich, daß über die Landesbürgschaft hinaus sogar eine Dividenden- bzw. Rendite-Garantie gegeben wird, weil die Junta generell ein Verbot für die Ausfuhr von Devisen erlassen hat?
3. Falls die diesbezüglichen Nachrichten zutreffen:
Wie bringen die SPD-Mitglieder in Landtag und Landesregierung NRW ihr diesbezügliches Verhalten in Einklang mit der Einstel-lung der SPD zu den Machthabern in Chile und den Stellungnah-men der SPD-Bundesminister Matthöfer und Bahr?

Initiativantrag 15/G

Betreff: WDR-Sendung Radiothek

Der Landesparteitag begrüßt die Initiative der Jungsozialisten, die WDR-Sendung „Radiothek“ durch eine Computerkarten-Kampagne zu unterstützen.

Ebenso begrüßt er den Beschluß des Landesvorstandes, für die un-veränderte Beibehaltung der Konzeption der „Radiothek“ einzu-treten.

Der Landesparteitag weist die Versuche, die „Radiothek“ als un-ausgewogen oder linksradial unterwandert abzuqualifizieren, als unangebracht zurück. Er ist insbesondere der Meinung, daß das der Kritik zugrundeliegende sog. „Schlechtgutachten“ den Anforderun-gen an eine wissenschaftliche und nachprüfbare Stellungnahme nicht entspricht.

Der Landesparteitag sieht bei vielen Angriffen auf die Radiothek einen Zusammenhang mit den Versuchen der CDU, den WDR und die gesamte ARD als Rotfunk zu diffamieren.

Der Landesparteitag fordert alle SPD-Mitglieder in den Gremien des WDR auf, sich für die unveränderte Beibehaltung der Konzeption der Radiothek einzusetzen.

Initiativantrag 17/B - Entschließung

Betreff: Regierungsbezirke

Der Landesparteitag appelliert an die Landesregierung, auch in Zukunft fünf Regierungsbezirke bestehen zu lassen. Er beruft sich dabei auf die Erklärung des Ministers Prof. Dr. Halstenberg in seiner Eigenschaft als Chef der Staatskanzlei vom 11. 7. 1974 vor der SPD-Landtagsfraktion und die öffentliche Erklärung im Rathaus der Stadt Detmold vom 10. 4. 1975, die „mit Ministerpräsident Kühn abgesprochen“ gewesen ist. In beiden Erklärungen wurde für den Regierungsbezirk Detmold und den Sitz der Bezirksregierung in Detmold der Besitzstand zugesagt.

7. WAHLEN

a) des Landesvorsitzenden

Es kandidiert: Werner FIGGEN, MdL

1. Wahlgang 313 abgegebene Stimmen
313 gültige Stimmen

208 Ja-Stimmen
78 Nein-Stimmen
27 Enthaltungen

Damit ist Werner Figgen gewählt.

b) der stellvertretenden Landesvorsitzenden

Es kandidieren: Hans Otto BÄUMER, MdL
Heinz JUNKER, MdB

Ein Antrag auf Vorstellung der stellvertretenden Landesvorsitzenden und der Beisitzer wird angenommen.

Kandidat Hans Otto Bäumer

1. Wahlgang 309 abgegebene Stimmen
309 gültige Stimmen

120 Ja-Stimmen
158 Nein-Stimmen
51 Enthaltungen

Damit ist Hans Otto Bäumer nicht gewählt; ein zweiter Wahlgang ist erforderlich.

Kandidat Heinz Junker

1. Wahlgang 294 abgegebene Stimmen
290 gültige Stimmen
4 ungültige Stimmen

175 Ja-Stimmen
83 Nein-Stimmen
32 Enthaltungen

Damit ist Heinz Junker gewählt.

Kandidat Hans Otto Bäumer

1. Wahlgang 304 abgegebene Stimmen
304 gültige Stimmen

111 Ja-Stimmen
173 Nein-Stimmen
20 Enthaltungen

Damit ist Hans Otto Bäumer nicht gewählt.

Der Landesparteitag wird unterbrochen.

Nach Beratungen im Plenum kandidiert Günter SCHLATTER.

1. Wahlgang 295 abgegebene Stimmen
295 gültige Stimmen

134 Ja-Stimmen
134 Nein-Stimmen
27 Enthaltungen

Damit ist Günter Schlatter nicht gewählt.

Der Landesparteitag wird erneut unterbrochen.

Nach gemeinsamen Beratungen der Bezirksvorstände mit dem Landesvorstand kandidiert Antje HUBER, MdB.

1. Wahlgang 284 abgegebene Stimmen
 284 gültige Stimmen

 226 Ja-Stimmen
 39 Nein-Stimmen
 19 Enthaltungen

Damit ist Antje Huber gewählt.

c) Der Beisitzer:

Es kandidieren: Dr. Franz-Josef ANTWERPES, MdL
 Helmut BECKER, MdB
 Hans BERGER
 Dr. Fritz BERGMANN, MdL
 Michael GEUENICH
 Reinhard GRÄTZ, MdL
 Werner KUHLMANN, MdL
 Erdmann LINDE
 Rudi MAERKER
 Horst NIGGEMEIER
 Dr. Diether POSSER, MdL
 Johannes RAU, MdL
 Günter SÄMTLEBE
 Hans SCHWIER, MdL
 Friedrich ZIEGLER
 Dr. Christoph ZÖPEL, MdL

1. Wahlgang 290 abgegebene Stimmen
 287 gültige Stimmen
 3 ungültige Stimmen

Es entfallen auf die Kandidaten folgende Stimmen:

Antwerpes	217	Maerker	130
Becker	184	Niggemeier	119
Berger	126	Posser	235
Bergmann	161	Rau	225
Geuenich	150	Samtlebe	172
Grätz	177	Schwier	175
Kuhlmann	163	Ziegler	165
Linde	175	Zöpel	187

Damit sind gewählt:

Dr. Franz Josef Antwerpes, MdL
Helmut Becker, MdB
Dr. Fritz Bergmann, MdL
Reinhard Grätz, MdL
Werner Kuhlmann, MdL
Erdmann Linde
Dr. Diether Posser, MdL
Johannes Rau, MdL
Günter Samtlebe
Hans Schwier, MdL
Friedrich Ziegler
Dr. Christoph Zöpel, MdL

Im 2. Wahlgang kandidieren: Hans Berger
Michael Geuenich
Rudi Maerker
Horst Niggemeier

2. Wahlgang 240 abgegebene Stimmen
238 gültige Stimmen
2 ungültige Stimmen

Es entfallen auf die Kandidaten folgende Stimmen:

Berger	162
Geuenich	198
Maerker	143
Niggemeier	107

Damit sind gewählt:

Hans Berger
Michael Geuenich
Rudi Maerker.

d) Eines Mitgliedes für den Parteirat

Es kandidiert: Werner FIGGEN, MdL

1. Wahlgang 288 abgegeben Stimmen
288 gültige Stimmen
178 Ja-Stimmen
90 Nein-Stimmen
20 Enthaltungen

Damit ist Werner Figgen gewählt.

e) Der Landeskontrollkommission

Es kandidieren: Max ARCHIMOWITZ
Hans KALKBRENNER
Karl MIRUS
Peter ROTHEN
Rainer VERHOEVEN

1. Wahlgang 295 abgegeben Stimmen
290 gültige Stimmen
5 ungültige Stimmen

Es entfallen auf die Kandidaten folgende Stimmen:

Archimowitz	259
Kalkbrenner	254
Mirus	247
Rothen	269
Verhoeven	253

Damit sind alle Kandidaten gewählt.

8. SCHLUSSWORT

Werner Figgen schließt den 3. Ordentlichen Landesparteitag mit einem Dank an die Organisatoren und Techniker, Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Landesbüros sowie Parteitagshelfer und an die Delegierten.

Ende des Landesparteitages: 22.30 Uhr

ZUSAMMENSETZUNG DES PARTEITAGES

Parteiaustritt:

vor 1950	vor 1959	vor 1969	vor 1972	nach 1972	
44	79	126	43	11	= 303
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	

Parteibeitrag:

DM

35,21

erlernter Beruf:

in Industrie u. Handwerk	in Büro und Verwaltung	akadem. Bereich
89	95	112
(6)	(7)	(8)

Gewerkschaftszugehörigkeit: Ja Nein

249	49
(9)	(10)

ausgeübter Beruf:

Arbeiter	Angestellter	Beamter	Selbständiger
16	143	87	21
(11)	(12)	(13)	(14)
Hausfrau	Rentner	Lehrl./Schüler/Student	
14	6	12	
(15)	(16)	(17)	

Beschäftigt:

öffentl. Dienst	anderer Bereich
153	114
(18)	(19)

Alter:

Jahre

41,5

Parteifunktion in:

Ortsverein	Unterbezirk	Bezirk	Landesverb.	Bundespartei
111	99	33	33	16
(20)	(21)	(22)	(23)	(24)

Mandate:

Kommunalparlament	Landtag	Bundestag
144	40	11
(25)	(26)	(27)

Folgende Schreiben an die Delegierten des Landesparteitages lagen vor:

- Schreiben der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten im Landesverband NRW der SPD vom 14. 10. 1975
- Schreiben des Landesbezirksvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes Nordrhein-Westfalen vom 18. 10. 1975
- Schreiben der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NW e. V.
- Schreiben der Arbeiterwohlfahrt, Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen
- Schreiben der Sozialistischen Jugend Deutschlands - Die Falken - Landesverband Nordrhein-Westfalen vom 10. 10. 1975
- Schreiben der SBG, Zentralkomitee der sozialistischen Bildungsgemeinschaften, Nordrhein-Westfalen e. V.

Folgende Materialien lagen dem Landesparteitag u. a. vor:

- Vorläufige Tagesordnung und Geschäftsordnung
- Wahlvorschläge
- Anträge und Entschlüsse mit den Empfehlungen der Antragskommission
- Tätigkeitsbericht Januar 1973 - September 1975
- Analyse der Kommunal- und Landtagswahl vom 4. Mai 1975 sowie Ausblick auf die Bundestagswahl 1976
- Protokoll über Verlauf und Ergebnisse des außerordentlichen Landesparteitages am Samstag, dem 7. Dezember 1974 und der Landesdelegiertenkonferenz am Sonntag, dem 8. Dezember 1974
- Kleine Chronik „30 Jahre Sozialdemokratie Nordrhein-Westfalen“
- Regierungserklärung von Ministerpräsident Heinz Kühn vor dem Landtag Nordrhein-Westfalen am 4. Juni 1975
- Rede zur Regierungserklärung von Dr. Dieter Haak am 12. Juni 1975 im nordrhein-westfälischen Landtag
- Verzeichnis der SPD-Landtagsfraktion und der SPD-Mitglieder der Landtagsausschüsse
- Dokumentation „Die Wahl in Nordrhein-Westfalen '75“
- Reden
 - Werner Figgen, MdL
 - Willy Brandt, MdB (Auszug)
- Schreiben an die Delegierten des Landesparteitages

Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten

im Landesverband NRW der SPD

An die
Delegierten
des 3. ordentlichen Landesparteitages
der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
in Nordrhein-Westfalen

4000 Düsseldorf 1
Kavalleriestraße 22
Telefon (0211) 329241/42

den 14. Oktober 197

Liebe Genossinnen,
Liebe Genossen!

Der Landesausschuß der Arbeitsgemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten grüßt alle Delegierten des Landesparteitages auf das herzlichste.

Wir wünschen der Tagung eine erfolgreiche Arbeit im Sinne des Godesberger Programms und der großen Tradition unserer Partei, der wir uns, die wir durch die Schule der Verfolgung und Unterdrückung gegangen sind, besonders verpflichtet fühlen.

Seit Jahrzehnten hat die Arbeitsgemeinschaft die Aufgabe, die verfolgten Sozialdemokraten zu betreuen und ihnen Rat und Hilfe zuteil werden zu lassen und den Zusammenhalt unter den Verfolgten aufrechtzuerhalten. Wir werden diese Arbeit auch in Zukunft weiterführen, weil wir davon überzeugt sind, daß die Verfolgten für ihre der Partei bewiesene Treue eine solche Unterstützung verdienen.

Darüber hinaus werden wir jetzt und in Zukunft zu unserem Teil darum bemüht sein, die Partei zu stärken für eine erfolgreiche Arbeit im Sinne eines demokratischen Sozialismus.

Für den Landesausschuß

Paul H ö b e n e r
1. Vorsitzender

Fritz P e t e r s d o r f f
Mit der Geschäftsführung
beauftragt

Der Landesbezirksvorstand

4 Düsseldorf 18. Oktober 1975

Friedrich-Ebert-Str. 34 38

Ruf 36831

Telex 858 7145 dgbn d

An die
Delegierten und Gäste des
3. Ordentlichen Landesparteitages
der SPD Nordrhein-Westfalen

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Parteifreunde!

Wegen verschiedener kurzfristig auftauchender Schwierigkeiten ist es mir leider entgegen meiner ursprünglichen Absicht nicht möglich, an Eurem Landesparteitag persönlich teilzunehmen.

Ich möchte Euch nun in diesem Schreiben die Grüße des Deutschen Gewerkschaftsbundes von Nordrhein-Westfalen übermitteln.

Wertet mein tiefes Bedauern, daß ich bei Eurem Landesparteitag nicht anwesend sein kann, bitte als Ausdruck meiner Verbundenheit und meines lebhaften Interesses an Eurer Arbeit.

Dieser Landesparteitag hat ganz besondere Bedeutung. Denn im Wirtschaftsraum Rhein-Ruhr, einem der größten wirtschaftlichen Ballungsgebiete der Erde, sind Krisen, Strukturveränderungen und ihre realen sozialpolitischen Auswirkungen traditionell und auch heute besonders "hautnah" zu spüren. Die allgemeine konjunkturelle Lage mit ihrer zu hohen Zahl an Arbeitslosen zwingt den verantwortlichen Politikern und mitwirkenden Bürgern eine zusätzliche besonders hohe Verantwortung auf. Wir sind bei der Bewältigung der erkannten Schwierigkeiten aufeinander angewiesen - Parteien und Gewerkschaften. Unsere Reaktion auf die wirtschaftliche Lage drückt sich aus in einer verantwortungsbewußten Tarifpolitik. Aber eine Drosselung der Kaufkraft oder gar eine "Lohnpause" werden wir nicht hinnehmen. Lohn- und Gehaltserhöhungen sind in der gegenwärtigen Situation gesamtwirtschaftlich geboten.

In nächster Zeit wird das Parlament Entscheidungen treffen, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer entscheidend beeinflussen. Auf unserer Großkundgebung am 8. November 1975 in Dortmund werden wir vor einer breiten Öffentlichkeit zu den anstehenden Problemen noch einmal deutlich Position beziehen.

An Euren Anträgen, wie z. B. dem Antrag C/3 zur Strukturpolitik, dem Antrag E/II zur Reform der beruflichen Bildung und dem Antrag zur Mitbestimmung erkennt jeder deutlich, daß wir die gleiche Richtung einschlagen.

Die Mitbestimmung ist unsere gesellschaftspolitische Forderung Nr. 1. Wir erwarten vom Bundestag noch in dieser Legislaturperiode die Verabschiedung eines Mitbestimmungsgesetzes, das unseren Vorstellungen Rechnung trägt. Obwohl die konjunkturelle Lage zum Nachdenken über mögliche Einsparungen zwingt, darf den- noch gerade die Reform der "Beruflichen Bildung" auf keinen Fall gebremst werden.

Wenn wir uns gemeinsam über Möglichkeiten und Formen staatlichen Eingriffs in den Wirtschaftsablauf Gedanken machen, wissen wir, daß Konjunkturpolitik nicht einseitig auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden darf. Sachlichkeit und Augenmaß sind bei der Einschätzung solcher Schwierigkeiten und komplexen Probleme nötig. Verteufelung, pauschales und undifferenziertes Gegen- einander schaden nur.

Ich wünsche diesem Landesparteitag, daß er einen Beitrag leistet zur Stärkung Eurer Organisation, zur Stärkung der gemeinsamen Sache.

Mit kollegialen Grüßen

DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND
LANDESBEZIRK NORDRHEIN-WESTFALEN
Der Landesbezirkvorsitzende

Bert Hartig

BERICHT

Aufgrund eines Beschlusses des 1. Landesparteitages am 5. Dezember 1970 in Dortmund wurde im Dezember 1971 die "Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V." (SGK) gegründet, die ihre Organisationsarbeit am 1. August 1972 begonnen hat.

Mitgliedschaft

Ordentliche Mitglieder der SGK können werden

- alle Mitglieder kommunaler SPD-Fraktionen, in Ausschüssen tätige sachkundige Bürger und Mitglieder von Bezirksvertretungen;
- Bedienstete der kommunalen Gebietskörperschaften und ihrer Einrichtungen;
- Bedienstete der kommunalen Spitzenverbände und ihrer Einrichtungen.

Voraussetzung für die ordentliche Mitgliedschaft in der SGK ist weiterhin die SPD-Mitgliedschaft. Darüber hinaus können alle an kommunalpolitischen Fragen Interessierte fördernde Mitglieder der SGK werden.

Um der SGK schon von Anbeginn an eine Arbeit auf großer Mitgliederbasis zu ermöglichen, hat der 2. Landesparteitag am 14. Januar 1973 in Essen auf Antrag des Landesvorstandes u. a. folgenden Beschluß gefaßt:

"Der Landesparteitag verpflichtet alle sozialdemokratischen Vertreter in den kommunalen Gebietskörperschaften und alle der SPD angehörenden kommunalen Wahlbeamten, der SGK als Mitglieder beizutreten. Die SPD-Fraktionen im Lande NW sind darüber hinaus gehalten, andere in der Kommunalpolitik tätige Persönlichkeiten für die SGK zu interessieren und sie als Mitglieder oder fördernde Mitglieder zu werben."

In der letzten Wahlperiode konnte die SGK rund 6600 Mitglieder gewinnen; trotz Rückgang der Anzahl von Mandatsträgern in den kommunalen Gebietskörperschaften infolge kommunaler Neuordnung hat die SGK bis Ende September 1975 wieder 5500 Mitglieder aufnehmen können. Der Anteil der Bediensteten aus den Kommunalverwaltungen ist noch relativ klein, er liegt bei etwa 10 %.

Aufgaben

Die SGK hat gemäß § 2 ihrer Satzung die Aufgabe, sozialdemokratische Grundsätze in der Kommunalpolitik zu verwirklichen. Dieser Zweck soll erreicht werden durch:

1. die Erarbeitung von Richtlinien für die praktische Arbeit in den kommunalen Vertretungen und Körperschaften nach Maßgabe der allgemeinen politischen Grundlagen der SPD;
2. Beratung der SPD-Fraktionen - auch durch die Erteilung von Rechtsauskünften - im kommunalen Bereich, damit kommunalpolitische Probleme nach Möglichkeit einheitlich gelöst werden;
3. gemeinsame Vertretung kommunalpolitischer Interessen gegenüber den SPD-Fraktionen des Landtages und des Bundestages;
4. Kontakte zu den kommunalen Spitzenverbänden und anderen für die Kommunalpolitik wichtigen Institutionen;
5. Fachtagungen, Konferenzen und Seminare, die der kommunalpolitischen Fortbildung dienen.

Vorstand

Dem Vorstand der SGK gehören zur Zeit an:

Günter Samtlebe, Dortmund	als Vorsitzender
Herbert Krämer, Bielefeld	als 1. stellv. Vorsitzender
Friedr.-Wilh. Heinrichs, Nümbrecht	als 2. stellv. Vorsitzender
Heinz Förster, Hamm	als Schriftführer
Klaus Litzenburger, Meerbusch	als Schatzmeister.

Die weiteren Mitglieder des Vorstandes sind:

Klaus Bungert, Düsseldorf
Albert Cramer, Würselen
Arthur Ebker, Oer-Erkenschwick
Günther Einert, MdL, Iserlohn
Ernst Ermert, Duisburg
Reiner Heekeren, Herford

Walter Hoffmann, Münster
Hans-Diether Imhoff, Dortmund
Dr. Rolf Krumsiek, Wuppertal
Werner Kuhlmann, MdL, Gelsenkirchen
Johanna Langendorf, Bochum
Horst Niggemeier, Datteln
Peter Pollmann, Bonn
Elfriede Pusch, Oberhausen
Hans Rohe, MdL, Minden
Felix Röhlich, Düren
Dr. Horst Ronsdorf, Radevormwald
John van Nes Ziegler, MdL, Köln
Reinhard Wilbusse, MdL, Lemgo
Heinz Dunkel, Solingen - Landesgeschäftsführer der SGK -

Kommunalpolitische Fortbildung

Der Schulung dienen vor allem die kommunalpolitischen Seminare, die von den SGK-Kreisverbänden (d. h. auf UB-Ebene) durchgeführt und vom SGK-Landesverband durch finanzielle Zuschüsse und die Vermittlung sachkundiger Referenten unterstützt werden. Der anfängliche Versuch, solche Seminare von der SGK-Geschäftsstelle in Düsseldorf aus zentral zu veranstalten, hat sich als unmöglich herausgestellt, da dies auf Dauer die Möglichkeiten des Büros mit seinem relativ geringen Personalstand übersteigen mußte.

Lediglich in der ersten Hälfte des Jahres 1975 veranstaltete die Geschäftsstelle 11 kommunalpolitische Regionalkonferenzen im ganzen Lande, zu der die Kandidaten für die Kommunalwahlen am 4. Mai 1975 aus dem jeweiligen Einzugsbereich der Veranstaltung eingeladen waren und die einer ersten Vorbereitung auf das zu übernehmende Mandat dienen sollten.

Weiterhin führt die SGK Fachtagungen durch, auf denen jeweils ein einzelnes Sachgebiet der Kommunalpolitik behandelt und Fachwissen für jene Kommunalpolitiker vermittelt wird, die in den betreffenden Ausschüssen ihres Rates oder Kreistages speziell mit den Sachproblemen befaßt sind.

Beratung und Information

Das Vereinsblatt der SGK sind die 4-8 seitigen "SGK-Informationen", die einmal jedem Mitglied zugehen, zum anderen der im "Vorwärts-Verlag" erscheinenden "Demokratischen Gemeinde" für den Bezieherkreis in Nordrhein-Westfalen als Beilage beigeheftet werden.

Darüber hinaus werden in Abständen von etwa 1 bis 3 Wochen an alle Fraktionsvorsitzenden Informationsbriefe versandt, die in erster Linie Kurzinformationen enthalten und schnell und umfassend über neue Gesetze, Erlasse und sonstige für die Kommunalpolitik bedeutsame Vorkommnisse unterrichten.

Eine besondere Aufgabe im Bereich der Beratungstätigkeit der SGK kommt der Erteilung von Rechtsauskünften zu sowohl aus dem Bereich des kommunalen Verfassungsrechts als auch aus zahlreichen anderen Rechtsgebieten, denen der Kommunalpolitiker vor Ort konfrontiert wird.

Hier zeigt sich in der täglichen Arbeit, daß die SPD-Fraktionen in der Diaspora unserer besonderen Hilfe bedürfen. Obwohl unsere SPD-Fraktionen dort meistenteils einer überwältigenden Mehrheit der CDU gegenüberstehen, vertreten sie dennoch beharrlich unsere sozialdemokratischen Interessen; wir helfen ihnen dabei gern und bitten um Verständnis, wenn wir oftmals unsere "Großen" dadurch erst an zweiter Stelle bedienen.

Fachausschüsse

Zu seiner fachlichen Beratung und zur Verwirklichung des Zwecks der SGK hat der Vorstand folgende Fachausschüsse berufen:

- I Verfassung - innere Verwaltung
 (Vors.: Klaus Litzenburger, Meerbusch)
- II Finanzen
 (Vors.: Friedr.-Wilh. Heinrichs, Nümbrecht)
- III Öffentlicher Nahverkehr / Wirtschaftsunternehmen
 (Vors.: Hans-Diether Imhoff, Dortmund)

- IV Schule / Kultur
(Vors.: Dr. Dieter Sauberzweig, Köln)
- V Soziales, Gesundheit, Sport, Jugend
(Vors.: Walter Hoffmann, Münster)
- VI Raumordnung, Städtebau, Wohnungswesen, Bodenrecht.

Es ist beabsichtigt, den Fachausschuß VI mit der Landesarbeitsgemeinschaft für Wohnungs- und Städtebau der SPD zusammenzulegen, um Doppelarbeit zu verhindern.

Darüber hinaus erarbeitet zur Zeit eine Gutachterkommission - unter dem Vorsitz von Günther Einert, MdL, Iserlohn - auf Beschluß der ersten Landesdelegiertenkonferenz vom 13. Juli 1974 in Recklinghausen "Grundsätze zur Funktionalreform".

Gruppenbetreuung

Da es sich gezeigt hat, daß überall dort, wo Sozialdemokraten in verschiedenen Teilen des Landes gleiche oder ähnliche Aufgaben zu erfüllen haben, eine bessere Koordinierung erforderlich ist, hat die SGK diese Aufgabe übernommen. Die Abstimmung bei allen personalpolitischen Entscheidungen, aber auch die Weitergabe von Informationen und Anregungen zu gemeinsamen Vorgehen standen dabei im Vordergrund der Arbeit. Die Vielfalt der Probleme in der kommunalen Selbstverwaltung macht es immer mehr notwendig, Erfahrungsaustausch und Anregungen für bessere Lösungsmöglichkeiten zu vermitteln.

Die SGK betreut zur Zeit folgende Gruppen:

NW - Städtetag

(Gruppensprecher: Dr. Klaus Müller, Hagen)

Städte- und Gemeindebund

(Gruppensprecher: Hans-Günter Steinhauer, Velbert)

Landkreistag

(Gruppensprecher: Rolf Meyer, Schwelm)

NW - Volkshochschulverband

(Gruppensprecher: Manfred Dammeyer, MdL, Oberhausen)

Sparkassen- und Giroverbände

Pressereferenten

Fraktionsgeschäftsführer und -vorsitzende

(Gruppensprecher: Horst Zeidler, Dortmund).

Zusammenarbeit zwischen SPD und SGK

Nach Gründung der SGK in NRW gab es anfänglich Stimmen, die von einer separaten Entwicklung im kommunalpolitischen Bereich durch die SGK sprachen. Es darf heute festgestellt werden, daß eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen SPD-Landesverband und SGK-Landesorganisation besteht und weiter ausgebaut werden soll. Viele gemeinsame Veranstaltungen und Aktivitäten machen dies deutlich.

Vorstand, Fachausschüsse und Geschäftsstelle der SGK haben für den SPD-Landesverband mitgewirkt bei der Erstellung von

- Rechtsgutachten zu allen kommunalverfassungsrechtlichen Fragen;
- Stellungnahmen zu Gesetzen und Verordnungen;
- Formulierungen für die "Leitsätze für Kommunalpolitik in NW";
- Initiativen für Formulierungen für das "Kommunalpolitische Grundsatzzprogramm der SPD", beschlossen auf der "Kommunalpolitischen Bundeskonferenz" 1974 in Nürnberg.

Von der weiteren Mitgliederentwicklung in der SGK wird es abhängen, ob diese in dreijähriger Arbeit aufgebaute Organisation noch weitere Aktivitäten entfalten kann.

Die Delegierten des 3. ordentlichen Landesparteitages, die am 18. Oktober 1975 in Mönchengladbach zusammenkommen, sollten durch diesen kurzen Bericht angeregt werden, auch in ihrem Wirkungskreis für die SGK zu werben.

Heinz Dunkel

-Landesgeschäftsführer-

Günter Samtlebe

Oberbürgermeister der Stadt Dortmund

-Landesvorsitzender-



zentralausschuß der soz. bildungsgemeinschaften

nordrhein-westfalen e. v.

sitz düsseldorf

association for education and culture / cercle d'éducation civique / circolo di educazione civica

53 bonn, d. 6.10.1975

berliner freiheit 36 V

volksfürsorge-haus

telefon 65 46 14

Liebe Freunde !

Die Bildungsforderungen und -bemühungen der Arbeiterschaft haben eine lange Tradition. Sie erwachsen sogleich mit der Formierung des sogenannten "vierten Standes", der Bewusstwerdung der Arbeiterschaft. Schon um 1830 wurden Arbeiterbildungsvereine gegründet. Ihre Zahl vermehrte sich derart, dass sie im Jahre 1871 bei der Gründung des ersten Dachverbandes für Erwachsenenbildungseinrichtungen, der "Gesellschaft zur Verbreitung von Volksbildung", tonangebend waren.

Dieses Bildungsinteresse der Arbeiterschaft war auch in der Weimarer Republik hellwach. Wir verwalten noch Dokumente der Sozialistischen Bildungs-Gemeinschaft von 1922.

Das Bildungsbedürfnis der Arbeitnehmerschaft ist nicht allein durch die Schule zu decken, denn "die politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung unserer Gesellschaft, die mehr und mehr durch Wissenschaft und Technik bestimmt wird, erfordert eine Bildung, die über die traditionelle Schulbildung hinausgeht. Der Erwachsene muss sich bis ins hohe Alter fortwährend weiterbilden, um in den vielfältigen Aufgaben und Verantwortungen der modernen Gesellschaft bestehen zu können."

In Erkenntnis dieser Entwicklung fördern auch wir seit langem den bezahlten Bildungsurlaub.

Nach dem II. Weltkrieg wurde im Jahre 1951 u.a. von Willi Eichler, Heinz Kühn, Alfred Nau, Jupp Kappius der "Zentralausschuss Sozialistischer Bildungsgemeinschaften e.V." gegründet. In der Satzung steht : "Der Zweck des Vereins ist die Unterstützung der Arbeit der örtlichen SBG im Geiste des demokratischen Sozialismus". Dies soll geschehen in Wort und Schrift in Form der Planung, Organisation und Durchführung verschiedener Typen von Seminar-Veranstaltungen.

Referentenvermittlung, Bildungsreisen und Internationale Kontakte gehören zum Programm-Angebot der SBG. Die örtlichen Vereine werden vor ihren Planungen beraten über die Zuschussmöglichkeiten des ZA-SBG. Von 1965 bis 1975 ist die Anzahl der Vereine in NRW von 86 auf 52 zurückgegangen. Das erklärt sich aus der kommunalen Neugliederung und aus dem Zwang zur Fusion und Regionalisierung der Bildungsplanung.

In der Verfassung des Landes NRW steht:
Die Erwachsenenbildung ist zu fördern.
Darunter ist bisher weitgehend nur eine finanzielle Förderung verstanden worden. Wir sind aber stets davon ausgegangen, dass sich der Begriff der Förderung nicht nur auf das Finanzielle beschränken kann, das Land hat vielmehr gegenüber der Erwachsenenbildung eine Gestaltungsverpflichtung. Die öffentliche Aufgabe und Verpflichtung des Landes drückt sich aus in der Zuweisung der Pflichtaufgabe zur Errichtung von Weiterbildungsinstitutionen an die Gemeinden und zugleich in der Sicherung der gleichen Finanzierung der "freien Träger" bei gleichwertigen Leistungen. Zur Pflichtaufgabe der Gemeinden gehört die Initiative bei der Einleitung der Kooperation zwischen den Trägern. Mit Hilfe eines bestimmten Systems soll verhindert werden, dass allerorts ähnliche Lehrinhalte freihändig - d.h. in einer nicht besonders effizienten Weise - improvisiert werden. In der Vergangenheit sind Schulen und Hochschulen eingerichtet worden. Jetzt ist es notwendig, eine dritte Form von Institution für organisiertes Lernen zu entwickeln, nämlich Weiterbildungseinrichtungen. Die flächendeckende Versorgung ist dabei ein Gesichtspunkt, wobei es nicht ausreichend ist, dass Initiativen gefördert werden, sondern es muss auch zu Initiativen eingeladen werden, da, wo bisher nichts oder sehr wenig ist. Der sozialistische Sektor ist sowieso unterrepräsentiert, wenn man die Liste der Landesorganisationen und Heimvolkshochschulen anschaut.

Die Weiterbildung ist in ihrer bisherigen Form als "System ohne System" nicht in der Lage, die zu erwartende und notwendige Ausweitung organisatorisch und inhaltlich zu bewältigen. Die Beschleunigung aller gesellschaftlichen Prozesse und die Verwirklichung der in der Verfassung garantierten demokratischen Grundrechte erfordern Angebote für ein lebendiges Lernen. Weiterbildung muss Einsicht in politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenhänge vermitteln. Der Bürger muss die Chance haben, sich zur kritischen Teilhabe und Mitwirkung an den Entwicklungs- und Umformungsprozessen aller Lebensbereiche zu befähigen. Dem Bürger muss die Möglichkeit eröffnet werden, in seinem Prozess der Emanzipation durch organisatorisches Lernen Unterstützung zu finden.

Weiterbildung ist nur möglich auf der Grundlage hauptberuflicher Mitarbeiter. Ein grosser Teil wird jedoch nach wie vor durch qualifizierte nebenberufliche Mitarbeiter gestaltet werden müssen. Wissenschaftliche Ausbildung und Qualifikation durch berufliche Erfahrung sind gleichwertige Eingangsvoraussetzungen für eine Tätigkeit im Bereich der Weiterbildung.

Schon im Nov. 1972 betonte Reinhard Grätz (SPD-MdL), dass die Forderung, Kommunen und Kreisen Pflichtaufgaben zuzuweisen, natürlich nicht beinhaltet, "dass wir nichtöffentliche Träger im Weiterbildungsbereich beseitigen wollen. im Gegenteil, auch diese sollen und müssen gefördert werden."

Vor diesem Hintergrund haben auch Vertreter der SBG in der Planungskommission des Kultusministers und in der AGB-Bildungspolitik beim LV d. SPD mitgewirkt, um das 1. Weiterbildungsgesetz in NRW, das ab 1.1.1975 in Kraft trat, vorzubereiten.

Die Weiterbildungseinrichtungen in freier oder gruppengebundener Trägerschaft (z.B. Kirchen, Gewerkschaften, Verbände usw.) sind inzwischen nach dem neuen Gesetz anerkannt worden, sofern sie dies beantragt hatten. Ihr Zuschussbedarf von 23,9 Mill.DM in 1975 ist bereits durch entsprechende Zahlungen des Landes gedeckt. 1974 wurden für diese Einrichtungen rd. 9 Mill.DM an Zuschüssen gezahlt. Damit werden bei diesen Trägern ca. 240 300 Unterrichtsstunden und 286 000 Teilnehmertage geleistet.

Der "Zentralausschuss SBG" hat am 4.7.75 die Anerkennung als Landeseinrichtung der Erwachsenenbildung für den "Sachbereich Politische Bildung" erhalten.

Die SBG-Vereine in ihrer Vielfalt sind alle ehrenamtlich besetzt. Eine Tätigkeit in Freizeitorganisationen wie beispielsweise dem ganzen Vereinswesen, darf von verantwortungsbewussten Sozialdemokraten nicht als "unpolitisch" oder als "Vereinsmeierei" abgetan werden. Neben der persönlichen Repräsentation in Vereinen, die kommunalpolitisch von Bedeutung sein kann, gewinnt das Gespräch mit den Bürgern eine besondere Bedeutung. "Der Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen ist für uns Sozialdemokraten jetzt besonders wichtig. Wir führen ihn unabhängig davon, ob man uns aufgeschlossen oder mit Reserve begegnet."

Schon diese Formulierung zeigt, dass hier ein Defizit beschworen wird. Offenbar haben sich seit dem grossen Wahlsieg von 1972 Stockungen beim Gespräch mit dem Bürger, Kommunikationsschwierigkeiten beim Dialog mit gesellschaftlichen Gruppen ergeben. Manche in der SPD sind einem falschen Politisierungsbegriff erlegen. Sie haben so getan, als ob nur Diskussionen über langfristige politische Ziele oder aktuelle weltpolitische Ereignisse, also z.B. Diskussionen über das Langzeitprogramm 1985 und die amerikanische Vietnam-Politik "politisch" seien. Dies war eine falsche Weichenstellung! Heute sind wir als "Vereine" - jedenfalls in bestimmten Regionen - zu selten dort vertreten, wo der Arbeitnehmer seine Freizeit verbringt; die CDU/CSU aber haben sich aufgemacht, diese Positionen (Sport, Karneval etc.) in vielen Fällen zu übernehmen.

Meinung wird aber gerade nicht durch das Lesen von Flugblättern vor Wahlen oder das Besuchen von Versammlungen gebildet, sondern viel stärker im zufällig entstehenden, nebenbei geführten politischen Gespräch in der Freizeit und am Arbeitsplatz. Wir sollten uns eingestehen, dass durch voreilige Kritik an angeblich unpolitischer Vereinsmeierei manches Vertrauenskapital aufgegeben wurde, das wir 1975/76 zurückgewinnen müssen. Unsere Basis ist nicht nur die Partei, unsere Basis sind auch die nicht politisch gebundenen Bürger. In einigen SBG-Vereinen überwiegen sogar die Nicht-SPD-Mitglieder.

Viele von uns haben es den Menschen leicht gemacht, gegen uns bewusste und unbewusste Strömungen der deutschen Volksseele zu mobilisieren. Trotzig haben sie historische Begriffe der Arbeiterbewegung gegen das Bewusstsein weiter Teile der Bevölkerung gesetzt.

Begriffe wie "Klassenkampf", "Proletariat" und "Lohnraub" haben ihre historische Würde; wir müssen aber auf ihre gegenwärtige Wirkung in den Köpfen der Menschen achten. Millionen von Facharbeitern, Angestellten, Ingenieuren, Hausfrauen haben sich unter dem Begriff "Proletariat", "Lohnabhängiger" keineswegs wiedererkannt. Sie waren lohnabhängig, aber sie empfanden den Begriff

als eine Beleidigung. Einigen unter uns war das gleichgültig. Wir dürfen uns jetzt nicht wundern, wenn wir in manchen Schichten oder Regionen den Wählern gleichgültig werden. Wir sollten im übrigen auch nicht aufgrund von schematischen Klassenbegriffen ganze Gruppen von vornherein als Gesprächspartner abschreiben.

Die Erfahrungen in der SBG-Bildungsarbeit seit 25 Jahren zeigt, dass nichts schwerer abzubauen ist, als Vorurteile. Es gibt Gruppen, die für unsere Politik schwer erreichbar sind. Ich glaube aber, dass wir zuweilen zu schnell resignieren und bestimmte gesellschaftliche Schichten - gerade auch abhängig beschäftigte Mittelschichten - nicht systematisch genug ansprechen.

Die Sozialdemokraten können neues Vertrauen gewinnen, wenn sie den Bürgern in den Konflikten beistehen, in die diese in bestimmten sozialen Rollen geraten. Besondere Beispiele sind die Eltern- und die Verbraucherrolle.

Der SBG-Zentralausschuss organisiert seit Jahren für diese Zielgruppen, besonders während der Schulferien, mehrwöchige "Familienseminare", die z.T. Modellcharakter haben. Die SBG-Bildungsprogramme beweisen ausserdem, dass für Frauen genügend Seminarangebote gemacht werden, weil wir uns der Doppelbelastung und Benachteiligung dieser Zielgruppe bewusst sind. Wer als "Arbeitsgemeinschaft" unsere Hilfsdienste wünscht, kann sie nach gemeinsamer Absprache unbürokratisch erhalten. Langfristig geplante Veranstaltungen haben auch die Chance der Förderung durch das WbG. Das gilt auch für Studien- und Bildungsreisen. Auf dem Felde der Internationalen Seminar- und Begegnungsprogramme haben sich die SBG-Düsseldorf (Westeuropa, Skandinavien), die SBG-Bochum (UdSSR, Polen, Ungarn, CSSR), die SBG-Bonn/Bad Godesberg (Frankreich, Belgien, Beersheva/Israel) hervorgetan. Das Landesbüro pflegt langjährige Beziehungen zu Jugoslawien, Rumänien, Österreich. Durch geduldige, anstrengende und seriöse Delegations- und Jugendaustauscharbeit mit Israel haben wir seit 15 Jahren ein Vertrauenskapital aufgebaut, das am 17. Jan. 1974 zu einem Partnerschaftsabkommen zwischen der SPD-NRW und der Israelischen Arbeiterpartei im Bezirk Tel Aviv führte. Heute sind wir glücklich feststellen zu können, dass dieser Vertrag modellhaft wirkte für andere Teile der Arbeiterbewegung und unsere in langen Jahren, in schwierigen Zeiten entwickelten Kontakte allmählich Früchte zu tragen beginnen. Am 25. 10. 75 besucht eine grosse Delegation des SPD-Landesvorstandes NRW den Bezirk Tel Aviv. Möge nunmehr unsere Jugend sich der historischen Verantwortung und der nötigen Solidarität bewusst bleiben. Auch in unseren Kollegen vom DGB/VHS- "Arbeit und Leben" werden wir gute Partner haben.

Wie gesagt, die SBG-Vereine werden von ehrenamtlichen Vorständen geleitet. Wir gliedern uns ausserdem in vier Zweigbüros (Dortmund, Bielefeld, Düsseldorf, Köln) auf, wovon jetzt zwei hauptamtlich besetzt sind. Das WbG ermöglicht uns ab 1.1.76 auch die personelle Ausstattung in Bielefeld und Düsseldorf. Nach dem WbG haben wir für das II. Halbjahr 1975 10.529 Teilnehmertage plus 592 Unterrichtsstunden angemeldet.

Damit ist das erforderliche Quantum erreicht. Nun arbeiten wir für die erforderliche Qualität. Dazu bedarf es immer wieder der Überprüfung und moderner Methoden, die den Teilnehmern und Dozenten erfahrbar gemacht werden müssen.

Unter dem Landesvorsitz von Friedhelm Simelka (Bochum) und Horst Burghardt (Bonn-Bad Godesberg) wird der "Zentralausschuss Soz. Bildungsgemeinschaften e.V." im März 1976 zum "25-jährigen" seine Jubiläumstagung abhalten.

Bis dahin liegen unsere Programmplanungen 1976 vor. Ein wichtiges Jahr ! Das Zeitbudget der aktiven sozialdemokratischen Funktionäre ist begrenzt. Trotzdem erbitten wir bei der Organisation und Durchführung der SBG-Programme Verständnis und Mithilfe im Sinne gemeinsamer Anliegen und Ziele.

Mit Freundschaft !
Horst Becker
Horst Becker
Landesgeschäftsführer



Arbeiterwohlfahrt Landesarbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen

An alle
Delegierten
des SPD-Landes-
parteitages
Nordrhein-Westfalen

ARBEITERWOHLFAHRT LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT NORDRHEIN-WESTFALEN
46 DORTMUND KRONENSTRASSE 67-69 RUF (0231) 52 83 05-07

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Akt.-Zeichen

Datum

Diktat-Zeichen

Liebe Genossen,

als Weggefährten gemeinsamer politischer Ziele grüßen wir alle Delegierten dieses Parteitages. Wir wünschen ein positives Arbeitsergebnis und damit den Fortbestand des erfolgreichen Wirkens der Sozialdemokratischen Partei.

Sie haben sich in besonderer Weise für eine fortschrittliche Sozialpolitik engagiert, wie sie in den sozial-liberalen Regierungen so positiv zum Tragen gekommen ist. Das Ergebnis der diesjährigen Landtagswahl bestätigt die Bedeutung, die Sie der Sozialpolitik zumessen.

Wir danken Ihnen für Ihr Bemühen um eine Sozialpolitik, die Notständen entgegenwirkt und Gesetze schafft, die das System sozialer Sicherheit weiter ausbauen. Gesetze sind jedoch erst dann wirksam, wenn sie so in die soziale Praxis umgesetzt werden, daß sie den Menschen optimal zugute kommen. Deswegen hat sich die Arbeiterwohlfahrt als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege diese Aufgabe zum besonderen Anliegen gemacht.

Unsere Hilfeleistungen richten sich an Kinder und alte Menschen, an Kranke und Behinderte, an Gefährdete und an alle, die der sozialen Hilfe bedürfen.

So finden zum Beispiel

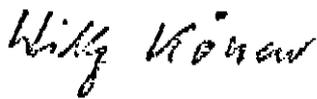
jährlich mehr als 100.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene Erholung und Genesung in unseren Kur- und Erholungsheimen; geistig und körperlich behinderte Kinder werden in unseren Sondereinrichtungen versorgt, erzogen und ausgebildet; für alte Menschen haben wir moderne Alten-, Pflege- und Altenkrankenhäuser gebaut und Begegnungsstätten eingerichtet. Wir unterhalten moderne Kindergärten und vieles andere mehr. Die Skala unserer Hilfeleistungen ist zu weit, um sie hier im einzelnen aufzählen zu können.

Jedoch sind wir kein Verband, dem Zuwendungen aus Kirchensteuern zufließen. Unsere finanzielle Basis sind die Beiträge unserer Mitglieder. Deswegen sind wir auf einen großen Mitglieder- bzw. Fördererkreis angewiesen. Im Interesse unseres gemeinsamen politischen Ziels appellieren wir an Ihr Solidaritätsgefühl: Werden Sie Mitglied der Arbeiterwohlfahrt.

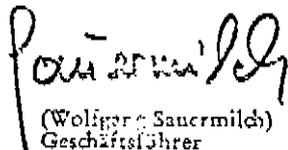
Mit freundlichen Grüßen

Ihre ARBEITERWOHLFAHRT IM
LANDE NORDRHEIN-WESTFALEN

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Niederrhein

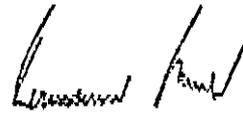


(Willy Könen)
Vorsitzender

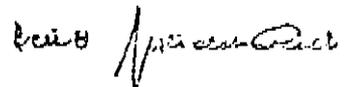


(Woligore Sauerlich)
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Mittelrhein

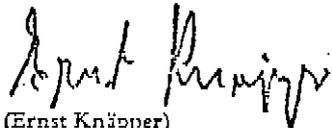


(Hermann Koch)
Vorsitzender



(Heinz Breidenbend)
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Westliches Westfalen

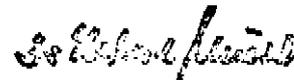


(Ernst Knäpper)
Vorsitzender



(Eugen Krautscheid)
Geschäftsführer

Arbeiterwohlfahrt Bezirk Östliches Westfalen



(Dr. Eberhard Munzert)
Vorsitzender



(Erwin Düker)
Geschäftsführer

405 Gelsenkirchen, Bahnhofstraße 74/76
Fernsprecher (0209) 1 52 71-5
Stadt-Sparkasse Gelsenkirchen
Konto-Nr. 101.073.811
Bank für Gemeinwirtschaft Gelsenkirchen
Konto-Nr. 10 722 660

Sozialistische Jugend Deutschlands
Die Falken • Landesverband NRW

SJD • Die Falken • Landesverband NRW • 405 Gelsenkirchen
Bahnhofstraße 74/76 • Fernsprecher (0209) 1 52 71/5

Datum, 10. Oktober 1975

We./Bu.
- 184.3 -

An die
Delegierten des
Landesparteitages

Betr.: Informationen über die Arbeit der
Sozialistischen Jugend Deutschlands
- Die Falken - Landesverband NRW

Liebe Genossinnen und Genossen!

Im Rahmen des Landesparteitages in Mönchengladbach möchten wir Euch mit diesem Schreiben einige Informationen über die politische und pädagogische Arbeit unseres Verbandes geben.

Dazu gehört, daß wir Euch über die Arbeit von einigen Verbänden informieren, die maßgeblich von uns initiiert wurden mit dem Ziel, unsere politischen und pädagogischen Vorstellungen an Personengruppen heranzutragen, die von uns kaum erreicht werden können.

Vorab laßt uns noch einige andere Bemerkungen machen. In den letzten Jahren hat sich unser Verband, der zur sozialdemokratischen Bewegung zählt, in erheblichem Maße gefestigt. Geschlosseneres Auftreten nach innen und außen sowie das verbesserte Verhältnis zur Partei zeigen dies deutlich. Wir gehen davon aus, daß in diesem Bereich weitere positive Erfolge künftig zu verzeichnen sind.

Eine wesentliche Aufgabe ist für uns die Bildungsarbeit, in der wir versuchen, die ehrenamtlichen Funktionäre durch gezielte Aus- und Weiterbildung zu qualifizieren.

Darüber hinaus versuchen wir, Lehrlinge, Schüler und junge Arbeiter durch Bildungsarbeit zu "klassenbewußtem Handeln" zu befähigen. Unsere Bildungsarbeit soll dazu beitragen, die Klassengesellschaft zu überwinden. Die organisatorische Form der hier angedeuteten Bildungsarbeit findet in Gruppenabenden, Wochenendseminaren, Aktionen und Zeltlagermaßnahmen ihren entsprechenden Ausdruck.

In diesem Jahr nahmen aus NRW an unseren 97 Zeltlager- und Heimfreizeiten 13.000 Kinder und Jugendliche teil. An diesen Maßnahmen, die im In- und Ausland durchgeführt wurden, nahmen neben deutschen Kindern und Jugendlichen Teilnehmer aus Rumänien, England, Chile, Frankreich, Niederlande, Jugoslawien und Surinam teil. Darüber hinaus war es möglich, durch eine große Solidaritätsaktion sechzig Kinder und Jugendliche aus Erwitte und Kalletal einzuladen, deren Väter sich im Arbeitskampf befanden.

In diesem Jahr, konnte nach langjährigen Bemühungen das Sozialistische Bildungszentrum in Oer-Erkenschwick mit insgesamt 160 Plätzen, am 5. Juni 1975 durch den Genossen Heinz Kühn eröffnet werden. Damit steht unserer Organisation nach vielen Jahren wieder eine bundes- und landeszentrale Bildungsstätte zur Verfügung.

An dieser Stelle bedanken wir uns recht herzlich für die vielfältig geleistete Hilfe einzelner Genossinnen und Genossen aus der Sozialdemokratischen Partei und des Landesvorstandes NRW. Wir wissen, daß ohne ihre Bemühungen diese Bildungsstätte nicht gebaut worden wäre.

Im Sozialistischen Bildungszentrum (SBZ) werden wir auf der Basis unserer Grundsatzbeschlüsse die Bildungsarbeit planen, durchführen und auswerten. Diese Bildungsstätte steht allen offen.

Wir bemühen uns, insbesondere Personen anzusprechen, die im Erziehungs- und Bildungsbereich wesentliche Funktionen einnehmen. So z.B. Erzieher, Lehrer, Sozialarbeiter, Eltern, Mitglieder von Jugendwohlfahrtsausschüssen, aber auch Architekten und Stadtplaner. Wir würden uns freuen, wenn Ihr an Veranstaltungen des Bildungszentrums einmal mitarbeiten könntet.

Um unseren politischen und pädagogischen Einfluß zu vergrößern, sind, wie schon angedeutet, durch unseren Verband Organisationen initiiert worden.

Der Progressive Eltern- und Erziehverband (PEV) arbeitet im Bereich NRW als Familienverband. Er sieht seine Hauptaufgabe darin, in verschiedenen Erziehungsbereichen wie Familie, Schule und Vorschule tätig zu werden, wobei die Zusammenarbeit mit fortschrittlichen Erziehern und Lehrern angestrebt wird. Neben dem Aufbau von Elterngruppen auf örtlicher Ebene finden regelmäßig zentrale Veranstaltungen statt, die die Aufgabe haben, eine breite Öffentlichkeit mit der Arbeit und Zielsetzung des PEV vertraut zu machen. Hier wäre für 1975 in erster Linie eine 14-tägige Familienbildungsmaßnahme und eine Wochenveranstaltung mit Eltern und Lehrern. Die Veranstaltungen haben gezeigt, daß diese Arbeit auf ein außerordentlich großes Interesse stößt.

Das aktuelle forum (af) hat in diesem Jahr ein ausgedehntes Bildungsangebot. Beispielhaft seien hier nur drei Seminarreihen genannt, Politik und Kultur, Emanzipation und Städtebau. Abgesehen von speziellen Zielgruppen wird versucht, im wesentlichen erwachsene Arbeitnehmer anzusprechen. Das aktuelle forum ist ebenso wie der Progressive Eltern- und Erziehverband ein nach dem Weiterbildungsgesetz NRW anerkannter Träger in anderer Trägerschaft. Die zentralen Bildungsveranstaltungen finden weitgehend im Sozialistischen Bildungszentrum statt.

Kinder und Jugendarbeit sind ohne entsprechende ausgestattete Räumlichkeiten nicht möglich. Der Landesverband der Falken legt daher ein Schwergewicht seiner Arbeit auf Probleme der Jugendpolitik, hier im besonderen auf die gesetzlichen Bestimmungen der Jugendförderung.

Das Falken-Bildungs- und Freizeitwerk (FBF) hat die Aufgabe, die von den Falken getragenen Jugendheime gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen zu vertreten. Über das Falken-Bildungs- und Freizeitwerk werden die über 50 Einrichtungen in NRW pädagogisch betreut. Regelmäßig finden für die pädagogischen Mitarbeiter in den Häusern Fortbildungsveranstaltungen statt. Dabei stehen folgende Kriterien im Vordergrund: Das Prinzip der Offenheit gegenüber allen gesellschaftlichen Gruppen, echte Mitbestimmungsmöglichkeit der Besucher und die hauptamtliche Tätigkeit der Fachkräfte.

Diese wichtigen Prinzipien versuchen wir im Rahmen unserer Jugendpolitischen Bemühungen den entsprechenden Kommissionen, Parlamenten, aber auch dem Landesjugendring zu verdeutlichen.

Das Sozialistische Studentenwohn- und Freizeitwerk (SSW) hat zur Aufgabe und zum Ziel, durch die Schaffung von Studentenwohnzentren in Arbeitnehmerwohngebieten die Integration der Studenten in ihre soziale Umwelt zu fördern. Die Wohnzentren bestehen aus

- Studentenwohnheim
- Haus der Offenen Tür
- Kindertagesstätte

Mit dieser Konzeption soll die bestehende "Getto-Situation", in der sich die Studenten oftmals befinden, erfolgreich abgebaut werden.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir hoffen, daß dieser Brief in der Papierflut des Landesparteitages nicht untergeht. Auf dem Parteitag werden wir einen kleinen Informationsstand aufstellen, wo wir Euch gerne über unsere Aufgaben und Zielvorstellungen weiter informieren möchten.

Wir wünschen Euch eine arbeitsreiche und erfolgreiche Konferenz und grüßen Euch

mit Freundschaft

Eberhard Weber Hans-Jürgen Meißner
Landessekretär Landesvorsitzender